

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
1. Februar 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zunef), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Charles Darwin. Von Eugen und Hannah Lewin-Dorsch. — Die preussische
Fürsorgeerziehung am Pranger. — Zum Arbeitskammergesetz. Von gh. —
Das Ausland im Jahre 1908. I. Von H. B. — Die Prometheusfage.
Von G. G. (Fortsetzung.) — Die Gründung des Zentralverbandes für
Hausangestellte. — Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands. Von W. K.
Aus der Bewegung: Zur Beachtung! — Von der Agitation. — Bericht
der Kinderschulkommission für Altona-Ottensen. — Aus der Jugend-
bewegung. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — Der Zentralverband für Arbeitsnachweis zu Berlin.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. —
Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Charles Darwin.

Zur Feier seines hundertsten Geburtstages.

Von Eugen und Hannah Lewin-Dorsch.

Es gibt in der menschlichen Kulturgeschichte nicht viele
Gelehrte, die durch ihre Forschungen über das engere Gebiet
ihrer Wissenschaft hinaus und in das weitere der allgemeinen
menschlichen Interessen und Probleme hineintragen. Zu diesen
seltenen, großen Gestalten gehört Charles Darwin. Von den
speziellen Untersuchungen, die den Gelehrtenfleiß an die Labo-
ratorien und Bibliotheken fesseln, bis zu den allgemeinsten Ge-
setzmäßigkeiten, die sich in den Bewegungen der ganzen Mensch-
heit offenbaren, ist es ein weiter Weg. Und dieser Weg wird
um so verschlungener und schwieriger, je mehr sich die wissen-
schaftliche Arbeit verzweigt. Es ist ein Merkmal der herrschenden
Kultur, daß diese Verzweigung, diese Teilung der Arbeit auf allen
Gebieten, nicht nur im Reiche der Naturwissenschaft, sondern
ebenso auch im sozialen Leben bis ins Unendliche fortgetrieben
wird. Das unmittelbare Bewußtsein des Zusammenhanges
zwischen der einzelnen produktiven Verrichtung des Arbeiters an
der Maschine und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gemein-
schaft, für die er arbeitet, ist verblaßt oder ausgelöscht. Und
ebenso fällt von der Einheit der wissenschaftlichen Weltanschauung
kaum noch ein Lichtschein in viele versteckt und ferne
liegenden Betätigungsbereiche der Naturwissenschaften. Die Ein-
heit der Erkenntnis selber scheint dadurch in Frage gestellt; sie
ist zerfallen und zersplittert in eine Unzahl von kleinen Kapiteln
und Paragraphen. So wird es verständlich, wie dieser ganze
Prozeß der Teilung, so förderlich er für die Produktivität der
Arbeit ist, das entgegengesetzte Bedürfnis erweckt: nämlich das
Getrennte wieder zusammenzufassen.

Diejenigen Männer des neunzehnten Jahrhunderts, die wir
als seine führenden Geister verehren, haben dem Bedürfnis
nach Einheit und Zusammenhang die Wege gewiesen. Die
Namen von Karl Marx und Charles Darwin sind mit der Ge-
schichte aller künftigen Kultur unauflöslich verbunden. Beide
haben nach den fundamentalen Grundlagen ihrer Wissenschaften
gesucht; sie haben ihre Einzeluntersuchungen nur gewertet im
Blick auf diese Grundlagen. Indem sie dieselben in ihrer ver-
einheitlichenden Bedeutung fanden, entdeckten sie in ihnen gleich-
zeitig die Gesetze des Lebens.

Wir wissen, daß Marx bei der Untersuchung wirtschaftlicher
und historischer Einzelheiten nicht stehen geblieben ist. Er hat
ihnen die methodische Einheit gegeben, indem er aus ihnen
den Gang der Geschichte ableitete. Er hat für jede einzelne
Verrichtung des Arbeiters an der Maschine die Begründung
in ihrem notwendigen Zusammenhang mit dem Bestehen der
Gesellschaft gefordert.

Und ganz die gleiche Tendenz, in das naturgeschichtliche
Erkennen übertragen, waltet in der Arbeit Darwins. Er ver-
liert sich nicht in die Fülle seines Materials, seiner Beobach-
tungen und Experimente. Mittels einer genialen Deutung ver-
wandelt er sie alle wie mit einem Zauber Schlag in einen groß-
artigen Beweis seiner Theorie. Und diese, nämlich die Lehre
von der Blutsverwandtschaft der Organismen und von ihrer
Entwicklung aus niedrigeren Formen zu höheren, ist es, die
nicht nur der Biologie das sichere Fundament gegeben, sondern
auch dem Leben selbst die volle Wirklichkeit im wissenschaft-
lichen Sinne verliehen hat. Bis zu der Zeit, da Darwin mit
seinem unvergleichlichen Werke „Die Entstehung der Arten“
hervortrat (1859), war die Welt der Pflanzen und der Tiere
für den Menschen im Grunde immer ein Fremdes gewesen,
ohne jeden Zusammenhang mit seinem eigenen Dasein. Darwin
erst verkettete das Getrennte miteinander. Und er erfüllte den
Begriff des organischen Lebens mit neuem Inhalt, indem er
die Entwicklung als das Einheit schaffende Gesetz für alles or-
ganische Leben entdeckte.

So ist Darwin einer der wenigen Großen gewesen, die
den langen und gewundenen Weg von einzelner Forschung
zu dauernden Leitgedanken, vom Besonderen zum Allgemeinen
zurückgelegt haben. Durch einen solchen Prozeß des Er-
kennens erreicht der Genius die Wurzeln seiner Wissenschaft.
Auf der Suche nach der Einheit, wohin die geschiedene Mannig-
faltigkeit der Erscheinungen zusammenstrahlt, gelangt er in
eine Sphäre, die weiter und allgemeiner ist als das Gebiet,
von dem er ausging. Es ist das Reich der Grundbegriffe,
unter denen er auch denjenigen entdeckt, dessen er für seine be-
sondere, abgeteilte Arbeit bedarf. Sie alle, die sich in den
verschiedenen Wissenschaften ausbauen und fruchtbar erweisen,
sind als deren Fundamente gleichzeitig die prinzipiellen Geset-
zmäßigkeiten des Lebens überhaupt. Auf solche Art hat Darwin,
ohne selbst Philosoph zu sein, eine Grundlage von philoso-
phischem Werte aufgerichtet. Das ist es, warum wir ihn als
einen Lehrer der Menschheit ehren.

Als Darwin bereits im 50. Lebensjahr stand, veröffentlichte
er sein Hauptwerk: „Die Entstehung der Arten durch die natür-
liche Zuchtwahl oder die Erhaltung der bevorzugten Klassen
im Kampf ums Dasein“. Es war das abschließende Resultat
groß angelegter Vorbereitungen. Der wesentliche Inhalt dieses
Werkes, seine grundlegenden Theorien haben in der wissen-
schaftlichen Welt die denkbar tiefste Umgestaltung hervorgerufen.
Aber nicht mit einem einzigen Schlage hat sich diese Revo-
lution vollzogen: noch heute stehen sich Begeisterung und ab-
lehrende Haltung kämpfend gegenüber. Wir denken hier, wo
wir einen schnellen Aberblick über Darwins Leistung gewinnen

wollen, nur an die Biologie und ihre Lehrer und nicht an die Opposition des dogmatischen Kirchenglaubens, der von jeher allen großen Erneuerungen der Kultur mit stumpfer Verständnislosigkeit und kleinlichem Widerspruch entgegengetreten ist. Den Naturwissenschaften sind aus der Fassung, die Darwin seinem Problem und seiner Lösung gab, unzählige neue Fragen entsprungen, so daß jetzt der Darwinismus selber zum Problem geworden ist. Und mit so manchen anderen Großen teilt Darwin das verhängnisvolle Schicksal, nicht nur von den Gegnern, sondern auch von den eigenen begeisterten Schülern mißverstanden worden zu sein. Er selber hat dazu vielleicht den ersten Anlaß gegeben. Vollauf beschäftigt mit der gewaltigen Aufgabe, vor die ihn seine vergleichenden und experimentellen Studien gestellt hatten, überfah er den Unterschied in dem methodischen Werte der beiden wichtigsten Theorien, mit deren Hilfe er seine Aufgabe löste.

Der oben angegebene Titel seines Hauptwerkes nennt diese Theorien mit Namen und stellt sie auch schon in ihrem gegenseitigen Verhältnis hin: Entstehung durch natürliche Zuchtwahl! Diese Worte müssen wir herausheben und unterstreichen. Die meisten Anhänger und Vertreter des Darwinismus, so vor allem Ernst Haeckel, sind der Meinung, daß Darwin durch die Entdeckung der natürlichen Zuchtwahl dem uralten Prinzip der Entwicklung des organischen Lebens den wissenschaftlichen Beweis und damit die unerschütterliche Stütze gegeben habe. Diese Auslegung wird von Darwin selbst an vielen Stellen seiner Werke gefördert. Aber der Forschungsweg, den er eingeschlagen hat, um zu seinen Theorien zu gelangen, hebt sie auf.

Wir betrachten zunächst den Begriff der Entwicklung (der organischen Welt). Er wird in dem Titel des Hauptwerkes durch den Ausdruck „Entstehung der Arten“ umschrieben. Die Biologie strebt, gleich jeder Wissenschaft, nach einem gesetzmäßigen Aufbau ihrer Erscheinungen. Im Unterschied von der Physik und der Mathematik erreicht sie dies Ziel dadurch, daß sie die Organismen vergleicht und nach dem Grade ihrer Ähnlichkeit zusammenstellt. So werden die einzelnen Individuen zu Arten, die Arten zu Familien, diese zu Gattungen usw. vereinigt. Die unzähligen Individuen der Hauskatze zum Beispiel werden alle zu der Art: Hauskatze verbunden und dadurch unterschieden von den nahe verwandten des Tigers, des Löwen. Diese Arten, mitsamt der Art Hauskatze werden ihrerseits unter einem höheren Begriff der Familie: Katzen vereinigt. Die Familie Katzen wiederum zeigt, zum Beispiel in ihrem Gebiß, das der Ernährungsweise entspricht, wesentliche Übereinstimmungen mit anderen Arten, die in manchen anderen Merkmalen jedoch sich von den Katzen scheiden. Zu dieser größeren Gruppe gehören nebst den Katzen die Familie der Hunde, der Marder, der Bären, der Hyänen usw. Man faßt sie alle unter dem Namen Raubtiere zusammen. So wachsen die Kreise, und der letzte, der alle übrigen umspannt, ist der Begriff des Lebewesens überhaupt.

Wir sehen, daß das Prinzip, das hier die empirische Forschung zum Aufbau eines Systems leitet, die Ähnlichkeit der Erscheinungen ist. Eine umfangreiche Arbeit war in dieser Weise vor Darwin geleistet worden. Aber das bestimmende Moment dieser Arbeit, die Ähnlichkeit der Formen und die darauf bauende Vergleichung und Einteilung war den Forschern verborgen geblieben. Man nahm an, daß die vielen Pflanzen- und Tierarten beim Beginn alles organischen Lebens in ihrer noch heute bestehenden Zahl und Form von einem Schöpfer oder durch einzelne willkürliche Akte der Natur unabhängig voneinander und als unveränderlich für alle Zeiten (konstant) ins Dasein gerufen worden seien.

So tritt die metaphysische Konstanz der Art in einen logischen Widerspruch zu dem Zeitbegriff der Ähnlichkeit, mittels dessen der Begriff der Art gebildet worden war. Dieser Widerspruch in seinen Fundamenten erschütterte den Aufbau des naturwissenschaftlichen Systems.

Ähnlichkeit als Motiv der empirischen Forschungsarbeit oder Konstanz — das ist die Frage; sie wird zum Grundproblem Darwins.

Das Prinzip der Ähnlichkeit ordnet die Individuen wie der Faden die einzelnen Perlen zu einer zusammenhängenden Kette; es ist der notwendige Ausgangspunkt, die wissenschaftliche Voraussetzung der biologischen Klassifikation. Sollen die Arten in Folge eines metaphysischen Schöpfungsaktes konstant sein, so ist ihre Ähnlichkeit, ihre klassifikatorische Beziehung zueinander ein unerklärliches Wunder. Indem das vom Standpunkt der Wissenschaft aus unzulässige Wunder verworfen wird, wird die Ähnlichkeit erklärt und begründet; und sie muß als das einheitschaffende Prinzip der Erscheinungen, als notwendig begründet werden, wenn anders auf ihr die Möglichkeit der biologischen Wissenschaft beruht. Also dürfen die Arten nicht als konstant hingenommen, sie müssen vielmehr als veränderlich erkannt werden. Und auf diese Veränderung ist die Ähnlichkeit der Formen zu beziehen; aus ihr ist sie entwicklungsgeschichtlich abzuleiten.

So lautet kurz gefaßt der Schluß Darwins: Die Arten sind nicht konstant; sie haben sich auseinander entwickelt, die höheren aus niederen. Diese Entwicklung erklärt ihre Ähnlichkeit. Diese Ähnlichkeit beruht daher auf der Blutsverwandtschaft der Formen. So sind die Systeme der Zoologie und Botanik, die auf dem Prinzip der Ähnlichkeit oder der Blutsverwandtschaft aufgebaut sind, nur ein anderer Ausdruck für die gesamte Geschichte des organischen Lebens.

Dieser Beweis der Deszendenz, lediglich aus der Ähnlichkeit der Organismen und aus ihrer Klassifikation, das ist die unsterbliche Tat Darwins. In ihr hat er keinen Vorläufer gehabt; sie ist sein ureigenstes Verdienst, das nicht mehr angefochten werden sollte.*

Darwin hat durch seinen Beweisgang das Dogma der biblischen Schöpfungsgeschichte ein für allemal zerstört; er hat den Gott der Zoologie und der Botanik als eine überflüssige und irreleitende Hypothese aufgehoben. Er hat die Wissenschaft von den Lebewesen auf eigene Füße gestellt, den Schutt metaphysischer Vorurteile beiseite geräumt.

Das macht die Größe Darwins aus, daß er den Gedanken der Entwicklung lediglich aus der Anlage der zoologischen und botanischen Klassifikation ableitete. Diese Ableitung ist der einzige zwingende Beweis des Entwicklungsgedankens. Das ordnende Gesetz muß begründet werden aus der gesetzmäßigen Ordnung des Systems, in dem es sich entfaltet. Das System der organischen Natur ist das System ihrer Entwicklung. Das ist der Kern der Sache.

Zu der immensen Arbeit, die Darwin bis zu seinem letzten Lebensjahre geleistet hat, und zu der gewaltig aufrauschenden Bewegung, die von ihm ausging, steht der gleichförmige Verlauf seines Lebens und die schlichte Art seines Charakters in vollendetem Gegensatz — gleich einem Giland, das sich in ruhigen, zarten Linien aus dem Drange der Wogen erhebt. Nur wenig läßt sich von seinem Leben erzählen. Darin offenbart sich der Forscher, daß das Pflichtgefühl seinen Problemen gegenüber zum Gesetz seines Daseins geworden ist; daß die Persönlichkeit zurücktritt vor der Sache, für die sie sich einsetzt. Als Sohn eines begüterten Arztes ist er im Jahre 1809 geboren. Früh trat seine Neigung zum Sammeln und seine Liebe zur Natur hervor; so gewährten ihm Schule und Universität weit weniger Vergnügen als Jagden und Ausflüge zu Pferde. Die Grammatik der klassischen Sprachen bewältigte er nur mit Mühe, und die Vorlesungen auf der Universität — er sollte zuerst den Beruf seines

* Wir sind also im Gegensatz zur herrschenden Meinung, die vor allem von Ernst Haeckel vertreten wird, der Ansicht, daß die Zuchtwahlhypothese nicht in direktem Zusammenhang mit dem Beweis der Entwicklungstheorie steht; daß es falsch ist, mit dem Namen „Darwinismus“ nur die Erklärung der Abstammung durch die Zuchtwahl und nicht vielmehr ihren Beweis aus dem System zu verstehen. Das fragliche Verhältnis der beiden Lehren zueinander soll in einem zweiten Aufsatz behandelt werden.

An dieser Stelle sei noch hervorgehoben, daß wir die maßgebende Anregung zu unserer Auffassung einer für die Geschichte der Lehre Darwins bedeutungsvollen Abhandlung eines russischen Gelehrten (S. Tschulok: Zur Methodologie und Geschichte der Deszendenztheorie, 1907, im „Biologischen Zentralblatt“) verdanken.

Waters ergreifen — besuchte er sehr unregelmäßig. Schon hatte er das medizinische Studium an den Nagel gehängt und das theologische mit größerem Erfolg begonnen, als er durch einen befreundeten Professor angeregt wurde, sich als Naturforscher an einer Weltreise zu beteiligen. Diese Reise, die sich über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren erstreckte, ist das einzige äußere Erlebnis, das von einschneidender Bedeutung für Darwins Zukunft gewesen ist. Sie hat nicht nur seine Beobachtungsgabe aufs vorzüglichste ausgebildet; sie hat ihn auch zu vergleichenden Studien (über die südamerikanische Tier- und Pflanzenwelt) geführt, denen er selbst die erste Anregung zur Begründung der Entwicklungslehre zuerkennt. — Von jetzt an entfaltet er einen stillen, zähen Fleiß; das Forschen, das stetige, „hartnäckige“ Fortschreiten im wissenschaftlichen Erkennen wird der sittliche Grundzug seines ganzen Wesens. Bald nach seiner Rückkehr nach England zieht er sich mit seinem jungen Weibe auf ein Landgut zurück, das er von da ab nur noch ganz vorübergehend verlassen hat. Hier, wenige Meilen von London entfernt, hat er 1882, als 72-jähriger Greis, noch immer mit wissenschaftlichen Entwürfen beschäftigt, sein erlebnisarmes und inhaltreiches Dasein beschlossen. In der Westminsterabtei in London ist sein Grab, ganz in der Nähe seines großen Landsmannes, des Physikers Isaac Newton.

Wir kommen zum Schlusse auf den Vergleich der beiden Großen, Darwin und Marx, zurück, die dem 19. Jahrhundert das Gepräge gegeben haben. Beide sind sie von ihrem Gebiet aus zu den Gesetzen des Lebens vorgedrungen. Diese Gesetze sind in der organischen Natur sowohl als in der menschlichen Gemeinschaft Formen der Entwicklung. So begründete der eine die Geschichte der Natur, der andere diejenige der Gesellschaft. Und beide sendeten den hellen Strahl der Erkenntnis in fernste Vergangenheiten und Zukünfte.

Die preußische Fürsorgeerziehung am Pranger.

Vor der Strafkammer zu Izhoe ist kürzlich über Menschen-schinderei unerhörtester Art verhandelt worden, über Bestialitäten und Grausamkeiten, die wiederzugeben die Feder sich sträubt. Die Scheußlichkeit der enthüllten Missetaten wird dadurch noch gesteigert, daß sie an völlig Wehrlosen von denen verübt worden sind, die berufen waren, sie zu beschützen und zu erziehen. Auf der Anklagebank saßen Colander, der Hausvater der Mädchenerziehungsanstalt „Blohmesche Wildnis“ bei Glückstadt in Schleswig-Holstein und seine würdige Ehehälfte. Das genannte Mädchenheim ist mit der Landeskorrektionsanstalt in Glückstadt verbunden, deren Leiter der Vater des Angeklagten ist. Das Ehepaar Colander wurde beschuldigt, in den Jahren 1904 bis 1908 die ihnen von der Landesaufsichtsbehörde übergebenen weiblichen Zöglinge, Mädchen von 18 bis 21 Jahren, in einer Weise gemißhandelt zu haben, die allen Begriffen von Menschlichkeit ins Gesicht schlägt. Der saubere Hausvater hat die Mädchen in Ketten gelegt und dann mit Ketten über Hals und Arme geschlagen; er hat sie wie Zugvieh vor Pflug und Egge gespannt; er hat sie hungern lassen. Stundenlang haben im Winter Mädchen zur Strafe für Bettnäßen mit einem Bettuche über dem Kopf vor der Haustür stehen müssen. Ein Mädchen mußte zur Strafe für Unsauberkeit Kaffee aus dem Nachtgeschirr trinken und wurde dabei geschlagen. Einem anderen wurde auf Befehl des Hausvaters das Gesicht mit Kot beschmieret. Daß Zöglinge an den Haaren geschleift, geschlagen und mit Arrest bestraft wurden, scheint zu den Alltäglichkeiten gehört zu haben. Frau Colander wurde beschuldigt, daß sie ein Mädchen auf ein Brett schnallen ließ und dann mit einem dicken Stock prügelte. Ein anderes Opfer ihrer „Erziehungskunst“ blieb mit auf dem Rücken gebundenen Händen drei bis vier Stunden an ein Fensterkreuz gefesselt u. s. w. Es ist unmöglich, all die insamen Martern aufzuzählen, welche das würdige Hausverwalterpaar über die ihnen anvertrauten unglücklichen Mädchen verhängt hat. Die körperlichen Züchtigungen mußte der Angestellte meist zugeben und erklärte sie bezeichnenderweise als sein gutes „väterliches Recht“. Und was ebenso bezeichnend, aber noch schimpflicher ist: seine amtlichen Vorgesetzten, die Vertreter des Staates machten ihm nicht zum Vor-

wurf, daß elterliche Recht als Prügelrecht aufgefaßt zu haben. Im Gegenteil, die körperliche Züchtigung gilt nach königlich preußischer Auffassung für ein notwendiges Element der Erziehung von Kindern und künftigen Staatsbürgern. Von den gräßlichen Bestialitäten abgesehen, wurde Colander nur der allzu ausgiebige Gebrauch des väterlichen Züchtigungsrechts zum Vorwurf gemacht.

Das Zeugenverhör bestätigte nicht allein die furchtbaren Anklagen, es warf auch ein grelles Licht auf Colanders leider nicht angeklagte Mitschuldige: die Aufsichtsbehörden. Mehrfach vorgennommene Revisionen haben keine Ahnung der bestialischen Praktiken erweckt, die in der Anstalt im Schwange waren. Der Tod von fünf Mädchen, die in verhältnismäßig kurzer Zeit starben, war nicht ausreichend, Verdacht zu erwecken! Der Geheime Sanitätsrat Dr. Hallig hat im Heim „alles in bester Ordnung gefunden“. Und doch gab er zu, daß die im Verlaufe der Verhandlungen erwieienen Mißstände im Asyl das Leben Schwacher und Schwindfüchtiger gefährden mußten. Auf Bürgermeister Brandes, Mitglied der Aufsichtsbehörde, machte die Anstalt den Eindruck eines musterhaften Betriebes — die Mädchen hatten ja „Haltung“. Hausvater Colander war also an seinem Plage. Auch Pastor Jakobssohn glaubte seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn er die Mädchen durch seine Predigten zu Tränen rührte. Das gedrückte Wesen der Unglücklichen fiel ihm auf, er merkte wohl, daß etwas faul war im Staate Dänemark, ja er war innerlich überzeugt, daß Colander sich für das ihm anvertraute Amt nicht eigne, allein — „was dich nicht brennt, das blase nicht“. Ähnliches gilt von einem zweiten geistlichen Aufsichtsrat, dem Herrn Pastor Wolf. Schließlich war es nicht so leicht, mit einer Kritik des Heims durchzudringen. Colanders Vater war ja verantwortlicher Direktor der Anstalt.

Wenn man bedenkt, daß es sich meist um Mädchen handelte, die als Minderjährige um geringfügiger Vergehen willen der königlich preußischen Fürsorge ausgeliefert waren, so fällt die vorliegende Schuld doppelt schwer ins Gewicht. Nicht die Schuld der Angestellten allein, wir betonen das. So verbrecherisch sie gehandelt haben, sie gehörten wahrlich nicht allein auf die Armesünderbank. Schuldig ist die Aufsichtsbehörde, schuldig ist vor allem das System der Zwangsfürsorgeerziehung, das derartige schmachvolle Zustände möglich macht. Das System, das eine korrupte Vetterwirtschaft zuläßt, der zufolge das äußerst wichtige Amt eines Hausvaters einem Mann anvertraut wurde, dem alle nötige Vorbildung, dem jede Begabung und Neigung dafür fehlte, der nach eigener Aussage „Ekel und Abscheu“ dagegen empfand. Warum? Weil dieser Mann zum Militärdienst nicht tauglich war und daher auch in seinem Beruf als Förster keine Staatskarriere machen konnte. Statt der mangelnden Eignung brachte er für seine Amtstätigkeit außer seiner einflußreichen Verwandtschaft einen famosen Grundsatz mit: „Viel Prügel un wenig to eten.“ Allerdings stiegen zwei von den vier Aufsichtsräten, die über seine Anstellung zu entscheiden hatten, Zweifel darüber auf, ob Colander der rechte Mann am rechten Plage sei. Aber unter den übrigen zwei war dessen Vater, und seine Stimme, die Stimme des Herrn Direktors, gab den Ausschlag. Die Verwandtschaft war auch Bürgschaft genug, daß Colander sein Amt nicht mißbrauchen werde. Daher bedurfte es keines Reglements, keiner Dienstordnung. —

Wehe der Unglücklichen, die mit dreizehn Jahren wegen eines leichtsinnigen falschen Schrittes der königlich preußischen Fürsorge verfallen, wie sie in der „Blohmeschen Wildnis“ praktiziert wurde. Dort hat die „fürsorgliche, bessernde Erziehung“ fünf Mädchen im Laufe von zwei Jahren vorzeitig ins Grab gebracht, andere, und ihre Zahl ist nicht gering, ins Bordell getrieben. Der Rest ist zweifellos physisch und moralisch zugrunde gerichtet. Vogelfrei sind die Unglücklichen, deren sich der preußische Staat „fürsorglich“ annimmt, denn wie der Fall Colander erweist, werden sie von ihrem Peiniger selbst dann nicht befreit, wenn er wegen der gräßlichsten Missetaten bereits unter Anklage gestellt ist. Monatelang noch blieb der Prügelvater im Amt und konnte nach Herzenslust die Auslagen der vor ihm zitternden Geschöpfe beeinflussen. Doch Colander ist „gesinnungstüchtig“! Colander ist Patriot! eine Stütze der staatsbehaltenden Parteien. Dieser Vorzug deckte offenbar viele Mängel, denn der Angestellte selbst hob ihn nachdrücklich hervor.

Daß die preußische Zwangsfürsorge vor allem in Izhoe am Pranger stand, bestätigte, ohne es zu wollen, der Landes-hauptmann Bachmann. Er erklärte, daß Prügelstrafe, Kostentziehung und Arrest auch in anderen Fürsorgeanstalten üblich sind, sie gehören zu den „Erziehungsmitteln“. Es liegt auf der Hand, daß und warum die Genossinnen der Fürsorgeerziehung ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Die „Gleichheit“ hat daher vor etwa zwei Jahren in die Schreckenstammer der preußischen Zwangsfürsorgeerziehung hineingeleuchtet. (Nr. 8, Jahrgang 1907.) Bürger-

liche Blätter erhoben darob das übliche Petergeschrei und verdächtigten die Feststellungen als „sozialdemokratische Übertreibungen“. Der Prozeß zu Iyehoe hat weit Schrecklicheres, Ungeheuerlicheres erwiesen als diese angeblichen „Übertreibungen“.

Je größer die Zahl der unglückseligen Kinder wird, die dank der Vernachlässigung, welche die ureigenste Frucht der kapitalistischen Gesellschaft ist, in staatliche Fürsorge kommen müssen, um so zwingender ist die Notwendigkeit, die Zwangserziehungsanstalten von Grund aus zu reformieren. Aus einem Machtbereich der rohesten, beschränktesten Prügelpädagogik müssen sie in Stätten liebevoller Pflege und Erziehung verwandelt werden. Aber freilich: es hieße Feigen von den Dornen und Trauben von den Disteln pflücken wollen, wenn die arbeitenden Massen erwarteten, daß der sogenannte preussische „Rechtsstaat“ je das Verständnis und den Willen zu einer solchen Reform haben könnte. Der Staat des Wahlrechts und der Niederbützelung des Proletariats wird ein Paradies für Prügelnachte bleiben. Nur die steigende politische Macht der ausgebeuteten Massen, nur ihre zielbewusste Anteilnahme am öffentlichen Leben wird auch auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung zu Fortschritten vorwärtspeitschen.

Zum Arbeitskammerngesetz.

gh. Im Reichstag fand am 15. und 16. Januar die erste Lesung der Regierungsvorlage für ein Arbeitskammerngesetz statt. Bezeichnend für die gegenwärtige sozialpolitische Lage ist die Rede, mit der der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, die Besprechung einleitete: Er bemühte sich nämlich, den Beweis zu erbringen, daß wir Arbeitskammern haben müssen. Praktische Erfahrungen, so führte er unter anderem aus, haben ihn wiederholt die Beobachtung machen lassen, daß die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich so vertiefen, daß sich eine solche Bitterkeit auf beiden Seiten festsetzt, weil sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht finden, weil sie aneinander vorbeigehen. Aufgabe der Arbeitskammern würde es sein, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Sie sollen, von der richtigen Hand und von dem richtigen Herzen geleitet, ein Werkzeug werden, das die Gegensätze nicht aus der Welt schaffen, aber dazu helfen werde, sie zum Wohle des Ganzen zu überbrücken.

Die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Mitglieder der Arbeitskammern zur Hälfte von den Arbeitgebern, zur Hälfte von den Arbeitern gewählt werden. Die freien Gewerkschaften haben sich bekanntlich für Arbeiterkammern entschieden, also für eine Körperschaft, die nur aus Arbeitervertretern besteht. Eine solche Vertretung der Arbeiter, erklärte dagegen der Minister, sei unnötig. Die Gewerkschaften hätten bereits ihre Tätigkeit auf alles erstreckt, was zum Besten der Arbeiter in ihrem Verhältnis zum Arbeitgeber geschehen könne. „Rein Gesetzgeber,“ so fuhr der Minister dann wörtlich fort, „hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängerum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.“

Die Arbeitskammern sollen für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbebezuges oder mehrerer verwandter Gewerbebezüge auf sachlicher Grundlage errichtet werden. Jedoch nicht überall, sondern nur „soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis dafür besteht. Entscheidend wird sein, ob die Arbeiter bereits so „aufgehört“ sind, daß den Behörden die Arbeitskammern zur „Beruhigung“ der Arbeiter notwendig erscheinen.

Die Wahl der Arbeitskammermitglieder soll unmittelbar und geheim sein und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl so stattfinden, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. In diesem Punkte bedeutet der jetzige Entwurf einen erfreulichen Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf, den die Regierungen vor ungefähr einem Jahre veröffentlicht hatten. Denn nach dem ersten Entwurf sollte die Wahl der Arbeitervertreter indirekt und höchst umständlich sein.

Das aktive Wahlrecht (das Recht, zu wählen) soll den deutschen Arbeitern und Arbeitgebern beider Geschlechter zustehen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirke der Arbeitskammern arbeiten und denjenigen Gewerbebezügen angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind. Dagegen dürfen nur diejenigen wahlberechtigten Personen zu Mitgliedern der Arbeitskammern gewählt werden, die das 30. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr dem betreffenden Gewerbebezuge angehören.

Der Entwurf will also den Arbeiterinnen die gleichen Rechte zuerkennen wie den männlichen Arbeitern. Gegen diese selbstverständliche Forderung erklärte sich der konservative Abgeordnete v. Winterfeld-Menklin: Er glaube, so führte er aus, daß namentlich die passive Wahlfähigkeit der Frauen (das Recht, als Mitglieder der Arbeitskammern gewählt zu werden) bei einem großen Teile der konservativen Bedenken erregen werde. Dabei mußte er zugeben, daß auf gewissen Gebieten des sozialen Lebens die Frauen bereits mit Erfolg sich betätigen. Es sei ihm bekannt, daß zum Beispiel bei Ausschüssen schon zum Teil Frauen mitarbeiten. Er habe festgestellt, daß gerade hier Frauen Gutes wirken. So sei ihm mitgeteilt worden, daß in einem Falle das Zustandekommen eines Tarifvertrags ganz wesentlich dem geschickten Vorgehen, dem klugen Verhalten eines weiblichen Mitgliedes des Ausschusses zu danken war. Aber trotzdem glaube er, daß mit großer Vorsicht zu prüfen sein werde, ob man mit der Erweiterung der sozialen Betätigung des weiblichen Geschlechts gerade bei den Arbeitskammern so weit gehen dürfe, wie das der Entwurf tue. Als es sich um den Zollwucher handelte, hielten die Konservativen eine so unbegrenzte Vorsicht im Prüfen der Folgen nicht für notwendig!

Sehr bedenklich ist es, daß für die Ausübung des Wahlrechts und für die Wählbarkeit ein zu hohes Alter als Bedingung festgelegt ist. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Goller versicherte, er verstehe, weshalb nur Personen über 30 Jahre als Mitglied der Arbeitskammer gewählt werden sollen. Man wolle die jugendlichen Brauseköpfe möglichst dort ausschließen, wo es sich um ein so zerbrechliches Ding handle, wie es das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei. In dieser Beziehung werde aber die Kommission eine Änderung treffen müssen. Was dagegen das aktive Wahlrecht anbelangt, so scheint es dem freisinnigen Herrn mit 25 Jahren ganz richtig gegriffen zu sein: „Wir alle wissen, daß man in der Jugend nur allzu gern einem gewissen Radikalismus huldigt; und ich weiß aus persönlicher praktischer Erfahrung, daß es bei allen wirtschaftlichen Kämpfen gerade immer die Jugend ist, die den radikalen Standpunkt vertritt und nur zu oft über die Köpfe der älteren erfahrenen Arbeiter hinweg ihre Stimme in die Wagschale wirft zugunsten der Fortsetzung wirtschaftlicher Kämpfe.“ So will der freisinnige Abgeordnete allen Arbeitern und Arbeiterinnen unter 25 Jahren das Wahlrecht vorenthalten, nur um die Arbeitskammern möglichst wenig „radikal“ zu haben.

Solche Mitglieder der Arbeitskammern, die nicht mehr in dem betreffenden Gewerbebezuge ihres Bezirkes tätig sind, müssen — sofern es sich nicht um eine vorübergehende Arbeitslosigkeit handelt — aus der Arbeitskammer ausscheiden. Mit Recht haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Legien und Severing darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung den Unternehmern die Handhabe zur Maßregelung solcher Arbeitervertreter gibt, die in der Arbeitskammer für das gute Recht der Arbeiter gewissenhaft tätig sind. Der Arbeitgeber braucht den Arbeiter nur zu entlassen, und die anderen Arbeitgeber des Bezirkes brauchen ihn nur von ihrem Betrieb fernzuhalten; so verliert der Arbeiter das Recht, der Arbeitskammer als Mitglied anzugehören.

Von der Wahrung dieses Rechts abgesehen, müßten auch die Angestellten der Gewerkschaften als Mitglieder der Arbeitskammern gewählt werden können, was die angeführte Bestimmung des Entwurfs unmöglich macht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien gab den Konservativen, die die Beamten der Gewerkschaften nicht in den Arbeitskammern

haben wollen, die gebührende Antwort. Er verwies darauf, daß in die Landwirtschaftskammern zum Beispiel wählbar seien: Vorstandsmitglieder oder Beamte landwirtschaftlicher oder landwirtschaftlichen Zwecken dienender Vereine, Genossenschaften usw., sowie solche Personen, denen die Landwirtschaftskammern die Wählbarkeit verleihen. Das Recht, das der Kammer der konservativen Landwirte zugestanden sei, dürfe den Arbeitskammern nicht verweigert werden.

Ferner wendeten sich die sozialdemokratischen Redner mit Recht gegen die bürokratische Geschäftsführung, welche für die Arbeitskammern vorgesehen ist. Nach dem Entwurf wird der Vorsitzende von der Aufsichtsbehörde ernannt. Er leitet die Wahlen, beruft und leitet die Sitzungen, beanstandet Beschlüsse, mietet Räume, stellt Hilfskräfte an, entscheidet über öffentliche und geheime Sitzung, regelt die Kostenverteilung. Wo bleibt da das Selbstverwaltungsrecht der Arbeitskammern?

Der schlimmste Mangel der Vorlage aber liegt darin, daß den Arbeitskammern das Recht eingeschränkt wird, Erhebungen zu veranstalten, und daß ihnen die andere Befugnis überhaupt abgesprochen ist, bei der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze mitzuwirken. Dazu kommt, daß weite Kreise der Arbeiter, so die Arbeiter in den Militärwerkstätten, in den Verkehrsanstalten, im Handelsgewerbe und der Landwirtschaft, von den Arbeitskammern ausgeschlossen sein sollen.

Trotzdem erklärten sich alle Parteien bereit, in der Kommission, an die der Entwurf nach Schluß der ersten Lesung verwiesen wurde, mitzuarbeiten, um etwas Gutes zustande zu bringen. Wie der Entwurf jetzt gestaltet ist, war es die Pflicht der sozialdemokratischen Redner, darzulegen, daß er gründlich geändert werden müsse, wenn die Arbeitskammern wirklich von Nutzen für die Arbeiter sein sollen.

Das Ausland im Jahre 1908.

I.

Die Verschlechterung der internationalen Stellung des Deutschen Reiches, die das verflossene Jahr brachte, haben wir schon in den Rückblicken auf die Ereignisse der deutschen Politik behandelt. England gelang es, das Abkommen mit Rußland über die Abgrenzung ihrer beiderseitigen Interessensphären in Asien zu einem allgemeinen Einvernehmen auszuweihen. Die Zusammenkunft des Königs von England mit dem Zaren zu Reval — die britische Arbeiterpartei hat vergebens gegen diese Unterstützung des russischen Despotismus gegen das russische Volk protestiert — drückte das Siegel auf diese Abmachung. Der Besuch des englischen Staatsoberhauptes hatte sein Gegenstück in dem des Präsidenten der französischen Republik. Der Protest der französischen Sozialisten wurde selbst von dem linken Flügel des Bürgertums nicht aufgenommen. Auch dieser hat gegen das Bündnis mit der Regierung der Schwarzen Hundert nichts einzuwenden und ebensowenig gegen ihre finanzielle Unterstützung durch neue russische Anleihen. Der neue Dreibund England—Frankreich—Rußland trat dem alten gegenüber: Deutschland—Österreich—Italien, der längst seine Festigkeit verloren hatte. Rußland, das seit seiner Niederlage in Ostasien und der Revolution als Großmacht ausgeschaltet war, gewann durch den neuen Dreibund wieder Einfluß und Geltung in der internationalen Politik. Diese Verschiebung der Mächtegruppierung machte sich für Deutschland schnell bemerklich. Bei erneuten Versuchen, Frankreich in Marokko zurückzudrängen, ertete die deutsche Reichsregierung allgemeine Zurückweisung. Das deutsche Verlangen nach schneller Aneignung des neuen Sultans von Marokko — Mulai Hasid hatte seinen Bruder Abdul Asis gestürzt, der durch die Verbindung mit den Franzosen unmöglich geworden war — schuf nicht unbedenkliche Differenzpunkte, ebenso die von deutscher Seite beliebte Aufbauschung einer belanglosen Deserteuraffäre zu Casablanca, doch wurden dieselben schließlich beigelegt. Seitdem ist die Marokkoaffäre in ein ruhiges Stadium eingetreten.

Von endgültiger Lösung ist sie freilich noch weit entfernt, und jeden Tag können aus ihr neue Gefahren für den Frieden erwachsen. Die Sozialisten diesseits wie jenseits des Rheins haben das Ihrige gegen das Spiel mit dem Kriegsfeuer getan. Die deutsche Sozialdemokratie ließ den Protest gegen die deutschen Provokationen nicht verstummen, und die französische Partei führte in der Kammer einen fast ununterbrochenen Feldzug gegen die gefährlichen Bestrebungen der kapitalistischen Deutepolitiker, die lieber heute als morgen auf Kosten des französischen Volkes Marokko durch einen Eroberungskrieg zu ihrem gefügigen Ausbeutungsobjekt machen möchten.

Ebenso hat sich das internationale Proletariat eifrig betätigt, um der immer wieder aufs neue auftretenden und sich verschlimmernden Spannung zwischen Deutschland und England entgegenzuwirken. Abgesandte der englischen Arbeiterpartei überbrachten dem deutschen Proletariat die Versicherungen ihrer Freundschaft und ihres Protestes gegen die Treibereien der englischen Jingos, und Delegierte der deutschen Sozialdemokratie erwiderten diesen Besuch und legten vor dem englischen Proletariat Zeugnis ab gegen die Peze der deutschen Englandfresser. Die englische Bourgeoisie läßt sich durch das Schreckgeipen eines deutschen Einfalls aufregen, und die deutsche Bourgeoisie sieht in der Verschlechterung der Weltstellung Deutschlands allein das Werk des auf die Einkreisung Deutschlands bedachten Englands, obgleich es mit Händen zu greifen ist, daß diese Verschlechterung zum größten Teil von der unfähigen Politik der deutschen Diplomatie verschuldet wird. Die Flottenrüstungen werden auf beiden Seiten mit Hochdruck betrieben, nachdem die deutsche Regierung brüsk einen Versuch der englischen vereitelt hat, zu einem Abkommen auf Einschränkung dieser Maßnahmen zu gelangen, die beide Völker schwer belasten.

Gefährlicher noch als die Marokkoaffäre erwies sich die türkische Revolution mit ihren Folgeerscheinungen für die Ruhe Europas. Wie ein Kartenhaus stürzte in den Julitagen der unterhöhlte Bau des türkischen Despotismus zusammen. In wenigen Tagen siegte eine fast unblutige Revolution, deren Hauptträger die Armee unter Führung des Offizierkorps war. Es ist eine Revolution der „Gebildeten“ — die Bourgeoisie ist in der Türkei noch wenig entwickelt, ebenso ihr Gegenstück, das Proletariat —, eine Revolution rein bürgerlichen Charakters. Bislang hat das neue Regiment im Volke Rückhalt gefunden. Anscheinend sitzen keine Gegner der Verfassung in dem auf Grund eines Zensuswahlrechts gewählten Parlament, das bereits eine Kommission zur Revidierung der alten Verfassung von 1877 eingesetzt hat, die ein Menschenalter suspendiert gewesen ist. Die Gruppierung der Abgeordneten nach verschiedenen Interessen, die Ausbildung von Parteien steckt noch in den Anfängen. Der Frieden zwischen Türken und den christlichen Nationalitäten der Türkei (Vulgaren, Griechen, Serben), der mit dem Sieg der Revolution an die Stelle des verwüstenden Bandenkriegs in Mazedonien trat, ist trotz einiger Meinungsverschiedenheiten über die Forderung der Selbstverwaltung für die Nationalitäten bisher nicht gestört worden.

Um so mehr wurde das Werk der Erneuerung der Türkei durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn gestört. Namentlich der letztere Akt, der eigentlich nur dem tatsächlich seit 1878 bestehenden Zustand den richtigen Namen gab, rückte die Kriegsgefahr in bedrohliche Nähe. Die beiden Provinzen werden wegen ihrer meist serbischen Bevölkerung als Teile eines serbischen Nationalstaates reklamiert. Nicht nur der türkische Nationalstolz war verletzt, sondern auch in Serbien und Montenegro brach eine leidenschaftliche Protestbewegung aus. Sie wurde ebenso wie der in der Türkei einsetzende wirkliche Boykott wider österreichische Waren durch England und Rußland geschürt. So konnte an der Balkankrise ein europäischer Weltkrieg sich entzünden, der wahrscheinlich Österreich und Deutschland isoliert auf der einen Seite gesehen hätte, da das dritte Glied

des alten Dreibundes, Italien, arg verschnupft ist. Italien, das seit langem auf die Gelegenheit lauerte, um ein Stück der zerfallenden Türkei zu ergattern, sieht sich durch die unerwartete Erstarkung des ottomanischen Reiches um diese Hoffnung betrogen und empfindet den Gewinn Österreichs als eine Ausnützung der Bündnistraft zu seinem Ungunsten. Daß Deutschland wegen seiner engen Verbindung mit dem alten Regime in der neuen Türkei seinen Einfluß völlig eingebüßt hat, wurde schon an anderer Stelle erwähnt.

Zu einer Kriegskatastrophe kam es jedoch nicht, dank der inneren Erstarkung der Türkei und der Schwäche Russlands, dessen innere Zerrüttung durch die Gegenrevolution vollendet wurde und die russische Regierung daran hinderte, die Serben anders als durch Worte zu ermutigen. Die neuausgelöste Energie des türkischen Volkes entlud sich in dem Boykott wider Österreich, und der Einfluß der Jungtürken erwies sich als stark genug, um dem Drängen zum Krieg widerstehen zu können. Die Reaktion vermochte nicht den Kredit des neuen Regiments durch die Beschuldigung zu untergraben, daß es das Reich ohne Gegenwehr durch die äußeren Feinde zerstückeln lasse. Um zu verhindern, daß auf einer von Rußland und England geforderten Balkankonferenz die Annexion von Bosnien und der Herzegowina in Frage gestellt werde, sah sich Österreich gezwungen, besondere Verhandlungen mit der Türkei anzuknüpfen und ihr Entschädigungen zu bieten. Gegen Ende des Jahres nahmen diese Unterhandlungen einen günstigen Verlauf, und zurzeit scheinen sie einem befriedigenden Abschluß nahe. Auch Bulgarien trat in direkte Verhandlungen mit der Türkei ein; die Revolution hat diesen bislang als ohnmächtig geltenden Staat wieder zu einer Macht gemacht. Das despotische Regiment hatte Stück für Stück des Reiches aufgeben müssen. Das neue Regime, das sich auf die Volkskraft stützt, die von der Umwälzung entfesselt worden ist, verlangte dagegen Entschädigungen für das bloße Aufgeben längst weislos gewordener Herrschaftstitel.

Die türkische Revolution ist nur ein Stück eines gewaltigen Prozesses, der seit dem Sieg der Japaner über Rußland in lebhafteres Tempo eingetreten und damit aller Augen sichtbar geworden ist. Die Völker des Orients erwachen. Europa hat sie in den Strom der kapitalistischen Entwicklung gerissen, und unter ihrem Einfluß bilden sich in den Ländern Asiens Bourgeoisie und europäisch gebildete Intelligenz, die zu Führern einer Bewegung werden, die innere und äußere Freiheit, Verfassung und nationale Unabhängigkeit erstrebt. Japans Sieg über eine europäische Macht, der das Selbstbewußtsein der Asiaten hob, und die russische Revolution gaben dieser Bewegung neue Impulse. In China hat eine Ara der Reformen eingesetzt, die auch den Thronwechsel und den Sturz des Reformers Yuanshikai überstanden hat. Der neue Regent hat feierlich versprochen, daß innerhalb neun Jahren eine Verfassung eingeführt werden soll. In Indien nahm die nationale Bewegung stetig zu. England sucht sie durch kleine Zugeständnisse an die Besitzenden zu überwinden und durch grausame Ausnahmemaßregeln gegen die Revolutionäre, die mit Attentaten auf englische Beamte vorgehen. In Persien machte der eidbrüchige Schah nach russischem Muster Gegenrevolution, er vermochte jedoch nicht das ganze Land zu unterwerfen. In Tabris hielten sich die Revolutionäre, und andere Gebiete schlossen sich ihnen an. Ägyptens nationale Partei wurde durch die türkische Revolution belebt.

Diese Zeichen für das Erwachen des Orients sind ein Menetekel für die Weltpolitik des Kapitalismus. Mehr und mehr erwachsen ihr Hindernisse in dem Erstarken der Völker und Staaten, die schon für sichere Beute erachtet wurden. Die Kolonialherrlichkeit Englands beginnt Risse zu zeigen. Eine Zeit kündigt sich an, wo die Erhöhung des kapitalistischen Profits durch Ausraubung unterworfenen Völkerschaften vorbei sein wird. Nur in Afrika der bedürfnislosen Schwarzen scheint dem kolonialen Raubsystem noch eine längere Dauer beschieden.

H. B.

Die Prometheusfage.

Von G. G.

(Fortsetzung.)

Anderes bei den Griechen. Hier setzt mit dem Warenaustausch eine große Umwälzung ein. Die Gesellschaft wächst aus der alten kommunistischen Verfassung heraus, sie verliert ihren Sinn, und aus dem Gegensatz zwischen der alten Verfassung und der jungen Entwicklung entstehen die schlimmsten Übel: die Ansammlung von großen Reichtümern an Geld und Grundbesitz auf der einen, gänzliche Verschuldung und Besitzlosigkeit auf der anderen Seite; die Übermacht der Gläubiger, die Rechtlosigkeit der Schuldner, denen Gefängnisstrafe oder Sklaverei drohte. Mancher der Besitzlosen, die im größten Elend leben, sucht nun durch Betrug und Diebstahl sich das Nötigste zu verschaffen; der Warenhandel entwickelt ja ohnedies die Neigung zu Übervorteilung und Betrug des Nächsten.

Die reichen Eigentümer haben ein Interesse daran, ihren Besitz in einem engeren Kreise zu konzentrieren, als es in der weitgegliederten kommunistischen Gemeinschaft möglich ist. Sie brauchen und bilden eine eng umgrenzte Familie, eine Ehe, in der nur eine Frau die nun genau bestimmbaren Erben hervorbringt: die kommunistische Form der Geschwister- und Verwandtenehe¹ verschwindet allmählich. Es entwickelt sich die Einzelsehe des Privateigentums, des sich mit diesem bildenden Staates; die mutterrechtliche Verfassung macht der vaterrechtlichen Platz.

Es ist nicht schwer, ein Abbild von all diesen Umwälzungen im Mythos zu erkennen.

Die Mächtigen, deren Vertreter Zeus ist, verlangen Opfer und werden betrogen, ganz wie die irdischen Besitzenden von den Entrechteten Abgaben und Zins verlangen und hintergangen werden. Alles Gute, Heilige, Althergebrachte der alten Wirtschaftsförm, das durch die neue umgestürzt wird, muß den Unterdrückten als ein Raub der Sieger erscheinen. Dieser Raub alles mühsam Errungenen, aller Segnungen der Kultur stellt sich im Mythos darin dar, daß Zeus den Menschen das Feuer nimmt. Zeus, dem Herrscher im Olymp, wird ein Vertreter des Geschlechts der Titanen gegenübergestellt. Die Titanen sind Söhne und Töchter des Uranos, des ersten Beherrschers der Welt und der Gää, der Allmutter Erde, die aus ihrem Schoße alles gebiert. Sie werden von Zeus und den Seinen, den neuen Herrschern, den sogenannten olympischen Göttern gestürzt und in den Tartarus, das ist die Unterwelt, geworfen. Der Titan Prometheus tritt im Mythos als Beschützer der besiegten Menschen auf und stiehlt Zeus das Feuer. Als Inbegriff der Güter, die allen, nicht nur den Göttern, den Bevorrechteten gehören, bringt Prometheus durch Diebstahl das Feuer zurück. Und nicht für den Diebstahl an und für sich muß der Titan so schwere Strafen erleiden, sondern für den Raub gerade des Feuers, für den fähnen Versuch, das wieder an sich zu reißen, was zum Privilegium der Götter, der Besitzenden geworden war.

In all den Umwälzungen, die die angedeuteten Kämpfe und die durch sie sich durchsetzende neue Gesellschaftsordnung mit sich brachten, mußten die nun unterdrückten Menschen, das ist die große Mehrzahl, ebenso viele Übel erblicken. Vielleicht können wir in der Gestalt der Pandora, die den Menschen Schmerzen und Übel bringt, eine Verkörperung der bitteren Erfahrungen erkennen.

Der Titan Prometheus wird zum Repräsentanten und Beschützer, zum Freunde der leidenden Menschheit. Der Feuererzeuger, der selbst ursprünglich als ein Gott verehrt wurde, wandelt sich zum Menschen, und zwar zum revolutionären Menschen, zum Titanen. Dies aber mit dem Augenblick, wo er in Gegensatz zu neuen Göttern tritt, und zwar zu einer besonderen Art von ihnen. Es sind die Götter, unter deren Zeichen der Menschen ihrer Freiheit beraubt und in Sklaverei

¹ Hierüber Bachofen, Mutterrecht, Seite 13: „Alle Blutsverwandten haben gemeinsamen Besitz. Herrscher ist der Älteste. Eine Frau haben alle. Wer zuerst kommt, geht hinein und wohnt ihr bei . . . So sind alle untereinander Brüder . . . Auf Ehebruch steht der Tod. Ehebrecher ist der eines anderen Geschlechts.“

und Knechtschaft gezwungen werden. Sonst könnte man auch sagen, daß Prometheus, indem er sich der neuen Ordnung widersetzt, kein Revolutionär, sondern ein Reaktionär wäre. Denn an und für sich ist die Ablösung eines alten Gesellschaftszustandes durch einen neuen eine Revolution, eine Umwälzung und bedeutet einen Fortschritt in der Entwicklung des Ganzen, mögen auch die einzelnen gerade Lebenden und von den Stürmen und Kämpfen einer solchen Umwälzungsperiode Betroffenen sie nicht als Fortschritt empfinden. Im allgemeinen gilt es, daß, wer sich der notwendigen Entwicklung widersetzt, ein Reaktionär ist. Aber in diesem besonderen Falle handelt es sich um die Verdrängung einer freiheitlichen Organisation der Gesellschaft durch ein System der Tyrannei, der Klassenherrschaft und Unterjochung. Und des Prometheus Widerstand richtet sich nicht gegen die notwendige Entwicklung, sondern gegen die Unterdrücker. Prometheus steht also nicht als Revolutionär einem Reaktionär gegenüber, ebensowenig kann er selbst Reaktionär sein, denn er bekämpft nicht das Neue überhaupt, sondern nur die besondere Form, in der es ihm entgegentritt, die Form der Knechtschaft. Er wendet sich als Unterdrückter gegen den Unterdrücker.

Dafür, daß er den neuen Machthabern sich widersetzt, daß er den Menschen gegen sie helfen will, wird er bestraft. Er kann erst erlöst werden, wenn der Gegensatz zwischen ihm und den neuen Göttern aufgehoben ist, das heißt, wenn die Macht des Zeus, also der neuen Gesellschaftsordnung, so fest begründet erscheint, daß die Titanen, das heißt Prometheus oder die Unterdrückten keinen Widerstand mehr leisten können. Also erst „mit dem Willen des Zeus“, durch Herakles, den sich unterwerfenden Menschen, den Sohn des Zeus, der neuen Ordnung, kann Prometheus von seinen Qualen erlöst werden.

Ebenso wie die Sage vom Feuerraub konnte auch die Idee von der Erlösung des Prometheus, die sich daran knüpft, erst auf griechischem Boden entstehen, auf dem Boden der Klassenherrschaft. Zur Zeit der Gentilverfassung sind es lebens- und schaffensfrohe Naturgötter und -göttinnen, mit deren Dasein und Walten die Menschen sich die für sie bedeutungsvollen Erscheinungen der Natur und des Menschenlebens erklären: Werden und Vergehen, Geburt und Tod usw. Mit dem Auftreten der Klassenherrschaft beginnen aber gesellschaftliche Mächte ihren unheimlichen Einfluß auf das Leben. Unheimlich dünken diese Mächte und ihr Walten, weil ihre Ursache den Menschen noch unerkennbar ist, weil ihre unheilvollen Folgen, das Elend der Unterdrückten, die die große Mehrzahl bilden, wohl fühlbar, aber unerklärlich sind und gerade darum den Charakter der Götterwelt und der Mythen beeinflussen müssen. Die Erlösungs-idee muß in den Mythos hinein kommen, als natürliche Reaktion gegen diese unberechenbaren Mächte, gegen die Unterdrückung; sie bildet sich mit der Erkenntnis, daß Trotz und Auflehnung gegen die Unterdrücker das Massenelend nicht aus der Welt schaffen, daß die Menschen ohnmächtig sind gegen die gesellschaftlichen Mächte, die es hervorrufen. In der kommunistischen Gesellschaft gab es noch nicht solche Übel und Qualen, aus denen heraus sich die Menschen nach Erlösung sehnten.

Wie ich schon andeutete, hat man von verschiedenen Seiten versucht, einen rein ideologischen Zusammenhang zwischen dieser Erlösungs-idee und der christlichen zu konstruieren, von einer allgemein menschlichen Schuld zu sprechen, von der die Menschheit in dem einen Falle durch Herakles, im anderen durch Christus erlöst werden soll.¹ Davor muß man sich hüten. Beide Erlösungs-ideen haben nur das miteinander gemein, daß beide erst unter der Einwirkung der Klassenherrschaft sich bilden konnten. Davon aber ist bei keinem Schriftsteller die Rede.

Also erst im griechischen Kulturkreis, wo schon früh Warenproduktion und Warenhandel sich entwickelten, wo damit der Übergang aus der Gentilverfassung und ihrem Mutterrecht zur Staatsverfassung und dem Vaterrecht einsetzte und alle jene

Ubelstände hervorrief, von denen in der Prometheus-sage berichtet wird, konnte die Vorstellung von dem Feuerraub des Prometheus, seiner Bestrafung und Erlösung sich bilden.

Erst als der urwüchsige Kommunismus in der Klassenherrschaft seine Auflösung fand, konnte in der Gestalt des Feuererzeugers der Typus des revolutionären Menschen, der erste Revolutionär geschaffen werden.

III.

Der Prometheus des Aeschylos.

Viel schärfer als in der Erzählung des Hesiod tritt in dem Prometheus des griechischen Dramatikers Aeschylos der Zusammenhang hervor, den seine Darstellungsweise und seine Anschauungen mit der Entwicklung der griechischen Kultur haben. Was bei Hesiod nur in verworrenen und dunklen Zügen zum Ausdruck kommt, ist bei Aeschylos klare Erkenntnis, die, in großen und scharfen Umrissen ausgedrückt, der Wiedergabe der Sage eine besondere Wucht gibt. In voller, bewußter revolutionärer Kraft steht Prometheus hier vor uns. Auch die Veröhnung der Gegensätze am Schlusse, die Erlösung des Prometheus wird klarer begründet.

Aeschylos hat die Sage von Prometheus in einer Trilogie (einem Kunstwerk in drei Teilen) behandelt, dem Feuerbringenden, dem gefesselten und dem befreiten Prometheus. Nur der mittlere Teil ist erhalten, der gefesselte Prometheus; aber wir erfahren darin so viel über die beiden anderen Teile, daß wir daraus ihren Inhalt erkennen können.

Aeschylos führt die Gestalt der Themis (die Göttin des Rechts und der Sitte, später auch die Mutter des Zeus) als Mutter des Prometheus neu in den Mythos ein. Damit drückt er weit schärfer noch als Hesiod aus, daß wir in Prometheus den Vertreter der mütterrechtlichen Organisation der Gesellschaft, den Freund und Beschützer der mit ihr Unterdrückten vor uns sehen. Nach Bachofen² gehört Themis zu den mütterlichen Mächten: „Das stoffliche Muttertum gestaltet sich zur Idee einer höheren stofflichen Ordnung, der ältesten ins Naturale. Die Naturmütter werden die Trägerinnen der ersten menschlichen Ordnungen, über deren Beachtung sie wachen, deren Verletzung sie strafen.“ Es ist auch bezeichnend, daß Themis, die Mutter-Göttin, die Vertreterin der friedlichen mütterrechtlichen Entwicklung,³ nach dem Siege des Zeus durchaus nicht revolutionär, sondern zur Veröhnung mit dem Sieger geneigt ist. Nach ihrem Willen steht Prometheus erst auf der Seite des Zeus, da die Titanen seinen Rat nicht hören, mit List die Olympier zu überwinden. Als aber Zeus eine neue Ordnung einführen und das bisherige Menschengeschlecht, weil es roh und tierisch sei, ausrotten will, um ein besseres zu schaffen, widersetzt sich ihm Prometheus, der Freund der Menschen; er bringt ihnen das dem Hephästos entwendete Feuer. (Hephästos, der Sohn des Zeus, verkörpert ursprünglich die vulkanische Kraft des Feuers und ist später der göttliche Schmied, der im Olymp seine Werkstatt hat.)

Hesiod rechtfertigte den Feuerraub des Prometheus nur damit, daß Zeus den Menschen das Feuer genommen hätte als Strafe für Prometheus' Betrug. Dagegen ist die Begründung des Aeschylos viel klarer und verständlicher und drückt schärfer aus, daß es sich dabei um die Verdrängung einer sich auflösenden Gesellschaftsordnung durch eine neue handelt: Zeus will das alte Geschlecht ausrotten, um ein besseres zu schaffen.

Mit dem Feuer bringt Prometheus den Menschen die Kunst, lehrt sie die Schiffahrt und die Heilkunst und führt sie zu höherer Bildung. Zeus läßt das Menschengeschlecht nun bestehen, den Prometheus aber bestraft er für seine Widersezlichkeit. Er läßt ihn durch Hephästos und seine Diener Kratos und Bia (Gewalt und Stärke) an einen Felsen im wilden Skythenland anschnieden. Okeanos und die Okeaniden kommen heran und raten dem Gefesselten zur Unterwerfung unter die Obmacht des

¹ Zum Beispiel bei Belder. Auch Wolzogen in seiner Einleitung spricht von Herakles als von „dem Heiland . . .“, welcher die Pforte der Freiheit öffnete, durch die Vereinigung der gefallenen Menschen mit dem gnädigen Gott“.

² Mutterrecht, S. 65.

³ Siehe über den friedlichen Charakter der Entwicklung besonders lange kommunistisch organisierter Völker: Bachofen, Das lykische Volk, Seite 40 bis 45.

Zeus. Okeanos ist auch ein Sohn des Uranos und der Gaea. Er ist der älteste der Titanen, der mit seiner Gemahlin Tethys dreitausend Okeaniden (Okeaniden) erzeugt. Er ist einer der Titanen, die sich dem Zeus unterworfen haben. Okeanos und die Okeaniden begründen ihren Rat mit diesen Worten:

„Ja, neue Herren sitzen
Nun im Olymp am Ruder, rechtslos richtet
Nach neuen Rechten Zeus, und der Titanen
Ehrwürd'ge Urgesetze löscht er aus.“¹

Diese Verse lassen erkennen, wie auch Aeschylos dem Kampfe zwischen den Göttern und Titanen den Charakter jener sozialen Kämpfe ausdrückt, deren Hauptstürme das griechische Volk zu seiner Zeit schon längst hinter sich hatte, die aber der Dichter vielleicht gerade, weil sie so weit zurücklagen, um so klarer überschauen und darstellen konnte. Die Titanen erscheinen auch hier als die Vertreter der altherwürdigen, wenn auch rohen Kultur, die den Olympiern, den Göttern der neuen Ordnung, des neuen Rechts und Gesetzes im Kampfe um die Herrschaft unterlegen sind.

In den Wechselreden zwischen den Okeaniden und Prometheus offenbart sich dann der urwüchsigke Trotz des Titanen in mächtigen, revolutionären Worten. In scharfen Gegensatz tritt er zu den ängstlichen unterwürfigen Einwendungen des Okeanos und der Okeaniden. Sie haben sich in ihr Schicksal ergeben, erkennen die Macht des Zeus an und sehen ihr höchstes Glück in der Hoffnung, die Prometheus als besonderes Heil den Menschen geschenkt hat.

In Aeschylos' Auffassung von Prometheus als dem Erzeuger der Hoffnung spiegelt sich vielleicht die Reaktion wieder, die im menschlichen Geiste gegen die Pandora, die Verförperung der Furcht und des Abscheus vor den Übeln der neuen Gesellschaftsordnung, entstehen mußte, und die in der Hoffnung ihren notwendigen Gegensatz und Ausgleich findet. (Fortf. folgt.)

Die Gründung des Zentralverbandes für Hausangestellte.

Einen erfreulichen Fortschritt hat die junge Dienstbotenbewegung zu verzeichnen. Die Gründung eines Zentralverbandes für Hausangestellte ist beschlossene Sache. Die Konferenz, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für den 17. Januar nach Berlin ins Gewerkschaftshaus einberufen worden war, hat zu diesem guten Ergebnis geführt. Zur Konferenz waren aus folgenden Städten Delegierte von den Vereinen der Hausangestellten erschienen: Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart. Aus Heidelberg nahm nur ein Vertreter des Gewerkschaftskartells an der Konferenz teil. Die Kartelle der genannten Orte waren ebenfalls zur Beteiligung an der Konferenz eingeladen worden und mit wenigen Ausnahmen vertreten. Das gewerkschaftliche Frauenagitationskomitee hatte Frau Boenig und Frau Jhrer entsandt. Für die Fünf-Städte-Frauenkommission waren Luise Ziehl und Ida Baar, vom Arbeiterinnensekretariat Ida Altmann und Gertrud Hanna anwesend. Die Generalkommission war stark vertreten.

In einer Begrüßungsansprache bemerkte Genosse Legien, die Konferenz stehe vor einer sehr bedeutungsvollen Aufgabe. Gerade unter den Dienenden stellten sich der Organisation große Schwierigkeiten entgegen. Durch die lokalen Vereine in den verschiedenen Städten sei für eine einheitliche Organisation der Hausangestellten bereits eine Unterlage gegeben. Man dürfe hoffen, daß es gelingen werde, diese Vereine weiter auszubauen und neue erstehen zu lassen, um in absehbarer Zeit eine Organisation der Hausangestellten zu schaffen, die mit und neben den anderen Arbeiterverbänden eine wirkliche Tätigkeit entfalten könne. Dazu bedürfe es allseitiger ernster und eifriger Mitarbeit. (Beifall.)

In das Bureau, welches aus den Mitgliedern der Generalkommission Legien, Bauer und Sassenbach gebildet wurde, wählte die Konferenz noch Fräulein Grünberg-Nürnberg als zweite Vorsitzende und Frau Köhler-Hamburg als zweite Schriftführerin. Die Tagesordnung der Konferenz lautete: 1. Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten. 2. Beratung des

Statuts. 3. Beratung über Herausgabe einer Verbandszeitung. 4. Wahl des Vorstandes.

Das einleitende Referat zum ersten Punkte der Tagesordnung übernahm Genosse Bauer. Der noch sehr jungen Dienstbotenbewegung, so führte er aus, ist von den Gewerkschaften große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Im Oktober 1906 hat die Generalkommission durch ein Rundschreiben die Kartelle aufgefordert, an dem Aufbau von Organisationen für die Hausangestellten mitzuwirken. Im Mai 1907 erging abermals eine Aufforderung an die Kartelle, in recht reger Weise sich der jungen Bewegung anzunehmen. Und dieser Aufforderung wurde Folge geleistet. In 13 Städten wurden Vereine von Hausangestellten gebildet. Die außerordentliche Frauenkonferenz, die gelegentlich des Preusentags im November 1907 in Berlin stattfand, beschloß die Zentralisation der Bewegung im Prinzip und wählte eine Fünf-Städte-Kommission (22 Städte waren dort vertreten), um die nötigen Vorarbeiten zu erledigen. Diese Kommission trat im Januar 1908 in Hamburg zusammen und beschloß, sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen. Eine gemeinschaftliche Sitzung fand im Mai 1908 statt. Der letzte Gewerkschaftstongress in Hamburg beschäftigte sich ebenfalls mit der aufgerollten Frage und beauftragte die Generalkommission, Schritte zur Vereinheitlichung der Dienstbotenvereine zu unternehmen. Eine Umfrage, die im Oktober 1908 vorgenommen wurde, ergab, daß in 18 Städten Vereine von Dienstboten mit zusammen 5711 Mitgliedern bestehen. Eine Unterlage für eine Zentralisation ist damit gegeben. Die Generalkommission ist bereit, ihre Unterstützung zu gewähren und größere Mittel zu bewilligen, um der Bewegung vorwärts zu helfen. Der Redner ging dann auf die bestehenden Rechtsverhältnisse in bezug auf die Organisationsfrage ein. Er unterzog die verschiedenen Gesindeordnungen in deutschen Staaten einer scharfen Kritik und gab zum Schluß der Überzeugung Ausdruck, daß es mit der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft gelingen werde, die Gesindeordnungen zu überwinden und modernen Anschauungen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Eine Diskussion fand nicht statt. Einstimmig wurde die Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands beschlossen. Es folgte die Beratung des Statuts. Auf Antrag Legiens kam eine Reihe grundlegender Fragen zuerst zur Beratung. Lebhaft diskutiert wurde darüber, ob auch die männlichen Hausangestellten zur Mitgliedschaft zugelassen werden sollten. Nur vereinzelt haben die Dienstbotenvereine männliche Mitglieder aufgenommen. Die Konferenz entschied dahin, daß männliche und weibliche Mitglieder aufgenommen werden können.

Als Zweck des Verbandes wurde festgelegt die Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dies Ziel soll erreicht werden durch die Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrags, Gewährung von Krankenunterstützung und Rechtsschutz, Errichtung kostenloser Stellennachweise für die Mitglieder, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans und Pflege der Geselligkeit und der Solidarität durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltung aufklärender Vorträge.

Ein Antrag, ein Eintrittsgeld von 20 Pf. zu erheben, fand Annahme. Als monatlicher Beitrag wurde 40 Pf. festgesetzt. Wo jetzt höhere Beiträge erhoben werden, soll der Überschuss als Lokalbeitrag gelten. Als Krankenunterstützung zahlt der Verband nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu 18 Mk., und zwar pro Woche 3 Mk. von der zweiten Woche der Krankheit an; bei zweijähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung bis zu 21 Mk. Freier Rechtsschutz wird den Mitgliedern nach drei Monaten Mitgliedschaft in Streitigkeiten gewährt, die aus dem Dienstverhältnis entspringen.

In bezug auf den Stellennachweis hatte die Generalkommission vorgeschlagen, daß die einzelnen Ortsgruppen mit der Zustimmung des Verbandsvorstandes Stellennachweise errichten können, sofern nicht am Orte ein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden ist, dessen Einrichtungen den von der Arbeiterschaft zu stellenden Ansprüchen genügen, und auf dessen Verwaltung derselben Einfluß zusteht. Die Diskussion über diesen Vorschlag zeigte, daß großes Mißtrauen gegen die städtischen Nachweise vorhanden ist, die fast nirgends den Anforderungen der Organisationen auch nur annähernd entsprechen. Wo die Dienstbotenvereine eigene Stellennachweise errichtet haben, sind zufriedenstellende Resultate erzielt worden. Genossin Ziehl meinte, daß selbst da, wo der Organisation ein größerer Einfluß auf den städtischen Arbeitsnachweis zugestanden würde, der eigene Nachweis eine unbedingte Notwendigkeit für den Fortschritt der Organisation sei. In Hamburg habe man die besten Erfolge damit erzielt; der Nachweis sei geradezu eine Vorbedingung und das Rückgrat einer tüchtigen Organisation.

¹ Aeschylos, verdeutscht von Hans v. Wolzogen, Erster Band: Der gefesselte Prometheus, Seite 80. (Reclam.)

Als Mittel der Agitation unter den Dienstmädchen sei der eigene Nachweis nicht zu entbehren. Die Konferenz entschied sich für den Vorschlag der Generalkommission mit dem Zusatz, daß die städtischen Nachweise auch den Ansprüchen der Verwaltung des Verbandes genügen müßten.

Zur Frage des Verbandsorgans lagen verschiedene Anträge vor. Von Hamburg wurde beantragt, die „Gleichheit“ einzuführen; der Berliner Verein trat für die jetzt bestehende und in elf Städten verbreitete Monatschrift der Berliner Organisation ein. Die Generalkommission beantragte, der Verband solle das Berliner Organ übernehmen und als Verbandszeitung obligatorisch einführen. Genossin Zieh trat für die „Gleichheit“ ein, die eventuell ein eigenes Beiblatt für die Dienstboten herausgeben könne, um damit den Ansprüchen des Verbandes zu genügen. Genosse Bauer erklärte, daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen auf ein eigenes Fachorgan nicht verzichten könne. Genossin Baar wünschte, die einzelnen Orte, besonders Hamburg, möchten sich die „Gleichheit“ durch Erhebung eines Lokalzuschlags erhalten. Die Konferenz nahm den Antrag der Generalkommission an. Die Zeitung erscheint als Fortsetzung der Berliner Monatschrift und führt auf Antrag des Mannheimer Vereins den Titel „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands“. Die Zeitung wird in Berlin herausgegeben, dem Sitz des Verbandes, sie wird von deren Vorsitzende redigiert. Als Vorsitzende wurde Genossin Baar gewählt. Als Sitz des Ausschusses bestimmte die Konferenz Hamburg und als Vorsitzende des Ausschusses Genossin Kähler. Die Bestimmungen für den Verband treten am 1. April in Kraft.

Die Statuten wurden im übrigen, wie von der Generalkommission vorgeschlagen, angenommen. Zum Schlusse wurde noch die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaftskartelle bei der neuen Organisationsarbeit betont und der Wunsch ausgesprochen, daß die Kartelle Einrichtungen treffen, um stellenlosen oder reisenden Mädchen Unterkunft zu gewähren. Nach kurzen Ansprachen der beiden Vorsitzenden hatte die Konferenz ihr Ende erreicht.

Die beschlossene Zentralisation weist den Genossinnen die Aufgabe zu, im Einvernehmen mit den Gewerkschaftskartellen eifrig für die Ausdehnung und den Ausbau der Dienstbotenorganisation weiterzuarbeiten. Die Gründung des Verbandes, durch welche die organisierten Hausangestellten in aller Form der großen allgemeinen Gewerkschaftsorganisation des deutschen Proletariats eingegliedert werden, muß der Ausgangspunkt einer kraftvollen Bewegung zum Wohle der Dienenden sein.

Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands.

Zu einem mächtigen Protest gegen die geplante Belastung der Tabakindustrie hatten sich die Tabakarbeiter Deutschlands im Berliner Gewerkschaftshaus zusammengefunden. 345 Delegierte, darunter 6 weibliche, vertraten 168245 Arbeiter und Arbeiterinnen aus 758 Orten. Unter den Delegierten, die sich versammelt hatten, um noch in letzter Stunde den bürgerlichen Abgeordneten das Gewissen zu schärfen, waren auch 6 Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, sowie 3 Vertreter der Lithographen und 3 Vertreter des Buchbinderverbandes, da die Arbeiter und Arbeiterinnen der betreffenden Gewerbe durch eine Schädigung der Tabakindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden würden.

Genosse von Elm erstattete ein tatsachenreiches Referat, das mit zwingender Kraft den Protest der Tabakarbeiterschaft gegen die drohende Belastung begründete. Seine Ausführungen wurden in wirksamster Weise durch die Debattenreden ergänzt und unterstrichen. Gestützt auf die furchtbaren Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft infolge der Besteuerung des Tabaks im Jahre 1879 gemacht hat, wurde festgestellt, daß die Durchführung der geplanten Steuer die Eristenz von 50 000 bis 60 000 Arbeitern schwer schädigen, ja vernichten würde. Die Tabaksteuer von 1879 hat bewirkt, daß die Fabrikation aus den Hauptorten der Tabakindustrie, Hamburg, Bremen usw., zum großen Teile auf das Land in Westfalen und Süddeutschland verlegt wurde, weil da die Arbeitslöhne niedriger waren. Dieselbe Tendenz zur Verlegung der Betriebe in rückständige Gegenden ist auch jetzt vorhanden. Durch Ziffern wurde widerlegt, was der Reichschatzsekretär am 19. November 1908 im Reichstage behauptet hatte: nämlich, daß die Verschiebung der Tabakarbeiterschaft von Nord nach Süd in den letzten 20 Jahren nur 7 Prozent betrage. Tatsächlich ist die Tabakarbeiterschaft in Norddeutschland um 25,6 Prozent zurückgegangen, in Süddeutschland aber um 188,3 Prozent gestiegen. Auch nach Osten wandert in den letzten

Jahren die Tabakindustrie immer mehr, weil dort die Arbeitskraft billiger, die Arbeiterschaft noch indifferent und wenig organisiert ist. Treten weitere Verschiebungen der Sitze der Tabakindustrie ein, so wird die Lebenshaltung der Arbeiter um 60 bis 100 Prozent herabgedrückt werden. Die Fabrikanten führen außerdem zweifellos neue Maschinen ein oder vergeben die Arbeit aufs Land als Heimarbeit. Die dadurch brotlos gemachten Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie werden nicht sofort und nicht leicht in einem anderen Industriezweige Beschäftigung finden. Ganz besonders gilt dies von der nicht geringen Anzahl schwächerer und tränklicher Personen, die in der Tabakindustrie einen Unterschlupf gesucht haben.

Die Delegierten der Arbeiter und Arbeiterinnen von verschiedenen Branchen und Nebengewerben der Tabakindustrie wiesen nach, wie unheimlich die geplante Mehrbesteuerung auf diese wirken müsse. Im Namen der Zigarrenfortierer konstatierte zum Beispiel Arnold-Altona, daß durch die Wanderolsteuer diesem ganzen Berufe Vernichtung drohe. Der Vertreter der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen Schmid-Dresden bewies durch reiches statistisches Material, daß zufolge der 1906 eingeführten Wanderolsteuer die Fabrikanten Filialbetriebe auf dem Lande errichtet haben, um die Löhne zu senken, und daß Maschinen an Stelle des Handbetriebes getreten seien. 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind brotlos gemacht worden oder müssen sich mit niedrigen Löhnen begnügen. Die Empörung gegen die drohende Steuer ist besonders groß in Westfalen. Dort sind 30 000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt, etwa 100 000 Familienangehörige hängen von ihnen ab und würden bei einer weiteren Belastung des Tabaks dem schwersten Elend preisgegeben sein. Um ihren Protest recht eindringlich zu gestalten, hatte die westfälische Arbeiterschaft allein 100 Vertreter gesandt. Alle Delegierten, die das Wort ergriffen, darunter auch Frau Liebert-Dresden, zeichneten erschütternde Bilder von der Lage der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, für die Hungerlöhne und ungesunde Arbeitsbedingungen die Regel sind. Wir behalten uns vor, auf das wichtige Material ausführlich einzugehen, das der Kongreß der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Fast einstimmig hoben die Debattenredner hervor, daß die bürgerlichen Abgeordneten der Bedeutung der Tabaksteuer für die Arbeiterschaft verständiglos oder gleichgültig gegenüberstehen, so daß von ihnen eine tatkräftige Abwehr der Regierungspläne kaum zu erwarten sei. Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen, die den Reichstagsabgeordneten nebst einer kleinen Denkschrift überreicht werden soll:

„Der vom 18. bis 20. Januar in Berlin im Gewerkschaftshaus tagende Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands und der in den Hilfsindustrien der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter, auf welchem durch 345 Delegierte aus 758 Orten 168245 Arbeiter vertreten sind, erblickt in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie.

Nach den Erfahrungen in anderen Ländern hat dort die Wanderolsteuer die Entwicklung der Industrie gehemmt; in Rußland sind von einer Zigarrenindustrie überhaupt kaum bemerkenswerte Anfänge vorhanden; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Industrie in ihrer Entwicklung gegenüber Deutschland um zirka 30 Prozent zurückgeblieben. Bei der von der Regierung vorgeschlagenen prozentual weit höheren Belastung der Industrie als in Amerika müßte die Wirkung, namentlich in der jetzigen Periode der Krise, für die Arbeiter eine furchtbare sein.

Der Tabakarbeiterkongreß spricht sich auch mit derselben Entschiedenheit gegen eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Rohtabak und der Inlandsteuer aus. Die Wirkungen einer Zoll- und Steuererhöhung in irgend einer Form würde für die Arbeiter der Industrie genau so schlimm sein wie die Einführung der Wanderolsteuer.

Da der Tabak kein Nahrungsmittel, sondern ein Genußmittel ist, würde sich eine Mehrbelastung der Industrie durch eine Zoll- und Steuererhöhung weit mehr noch, als dies bei Nahrungsmitteln der Fall ist, in einem Rückgang des Konsums geltend machen.

Genau wie nach der Zollerhöhung von 1879 würden wiederum Zehntausende von Arbeitern brotlos gemacht werden; die in Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei verminderter Arbeitszeit arbeiten und könnten sich eines Lohndruckes, der durch das enorme Angebot von Arbeitslosen begünstigt würde, nicht erwehren. Die Zollerhöhung von 1879 hat dazu geführt, daß die Arbeiter nicht imstande waren, sich, wie die übrigen Arbeiter Deutschlands, einen auskömmlichen Lohn für ihre gesundheitschädliche Arbeit zu eringen.

Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Verdienst eines Vollarbeiters im Jahre 1908

1027,59 Ml. Dagegen erreichte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von 574,75 Ml., das heißt, die Tabakarbeiter sind um 44 Prozent ungünstiger gestellt als die übrigen Arbeiter Deutschlands. Von dem Segen der letzten Hochkonjunktur haben die Tabakarbeiter wenig zu kosten bekommen — für das Jahr 1900 betrug nämlich der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters im allgemeinen 896,59 Ml., der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters 541,08 Ml.

Während sich in der Periode der Hochkonjunktur der Industrie der Durchschnittsverdienst im allgemeinen um 131 Ml. pro Arbeiter steigerte, stieg er bei den Tabakarbeitern nur um 83,67 Ml.

Bei den so außerordentlich trüben Erwerbsverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem aber angesichts der in der Tabakindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, die in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Härte sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Vanderolensteuer oder irgend einer anderen Zoll- und Steuererhöhung andauernd große Arbeitslosigkeit für diese armen Arbeiter bewirken und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Erwerbsverhältnisse beitragen würde.

Der Tabakarbeiterkongress erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird.

Schließlich richtet der Tabakarbeiterkongress an die deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat und an den Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie tätigen zirka 200000 Arbeiter die Tabakindustrie vor den fortgesetzten Beunruhigungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren.

Der Tabakarbeiterkongress protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die, wie oben nachgewiesen, zu den mit am schlechtest entlohnten Arbeitern gehören, noch neben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des Reiches beitragen wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Existenz bringen sollen.“ W.K.

Aus der Bewegung. Zur Beachtung!

Den Grundsätzen entsprechend, welche für die in Nürnberg beschlossene gemeinsame politische Organisation der Genossinnen und Genossen gelten, haben die Genossinnen nicht mehr einen eigenen Agitationsfonds. Die Gelder, die sich am Schlusse des Jahres 1908 noch in den Händen der Unterzeichneten befanden, sind daher an den Kassierer der sozialdemokratischen Partei abgeliefert worden. Der Ablieferung ist eine genaue Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben durch drei Revisorinnen vorangegangen, durch die Genossinnen Burm, zweiter Berliner Wahlkreis, Bölg, vierter Wahlkreis, Lohse, sechster Wahlkreis. Dem Parteikassierer wurde der Kassenbestand im Betrage von **413 Ml. 24 Pf.** übergeben. Die bei der Deutschen Bank deponierte Summe von **5413 Ml. 10 Pf.**, die für die Zwecke der proletarischen Frauenbewegung bestimmt ist, wurde ebenfalls auf den Parteikassierer übertragen.

Mit Parteigruß Otilie Baader.

Von der Agitation. Zu den am schwersten für die Organisationsidee zu gewinnenden Arbeiterkategorien gehören die Angestellten der Sanatorien und Irrenhäuser. Unter ihnen sind die Frauen in der Mehrzahl, die ja bekanntlich besonders zäh am Altbergebrachten hängen und daher auch nur langsam für den Gedanken des Zusammenschlusses zugänglich werden. Daß jedoch auch hierin eine allmähliche Wandlung vor sich geht, haben die in dieser Hinsicht am niedrigsten eingeschätzten Dienstmädchen in den letzten Jahren durch ihre fortschreitende Organisation bewiesen. Leider ist ein gleich erfreuliches Resultat von den Angestellten der städtischen Sanatorien und Irrenhäuser nicht zu verzeichnen, trotz der regen Agitation, die seit zirka fünf Jahren in Hamburg der Staats- und Gemeindearbeiterverband unter ihnen entfaltet. Gleich den Dienstmädchen sind diese Angestellten der Gefindepordnung unterworfen. Sie unterstehen außerdem einer Hausordnung und einem „Hausgericht“ und sind einer täglichen, ja stündlichen drückenden Kontrolle ihrer Vorgesetzten und der von diesen beeinflussten ausgesetzt. Die gänzliche Ausichtslosigkeit, ihre Tätigkeit in einen Beruf umzuwandeln, der ihnen Befriedigung und eine Existenz gewährt, gibt die Erklärung für die Interessellosigkeit der Angestellten ihrer Lage gegenüber und

für den Mangel an Solidarität und Klassenbewußtsein. Um die Angestellten aus ihrer verderblichen Gleichgültigkeit wieder einmal aufzurütteln, um ihnen ihre Pflicht, sich selbst und der gesamten Arbeiterchaft gegenüber, vor Augen zu halten, und vor allem, um ihnen das Ziel wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß sie sich stecken müssen: ihre Arbeit zu einer wirklichen Berufstätigkeit zu gestalten durch die Erämpfung von Reformen auf der Basis bundesrätlicher Erlasse und durch ihre Unterstellung unter die Reichsgewerbeordnung, hielt der Staats- und Gemeindearbeiterverband am 6. Januar d. J. für alle Angestellten der städtischen Kranken- und Irrenhäuser eine öffentliche Versammlung in **Winterhude** ab, in der Genossin Brandenburg über das Thema referierte: „Was ist Solidarität?“ Der Vortrag wurde mit Verständnis aufgenommen, wie die Diskussion ergab. Leider waren wenige der internen Angestellten erschienen, an die in erster Linie der Ruf ergangen war. Doch, kein Baum fällt auf einen Stieb. Die Früchte unermüdlicher Agitation werden nicht ausbleiben.

Helene Brandenburg.

Gmünd. Am 10. Januar fand hier eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Selinger über das Thema referierte: „Die Frau in Knechtschaft und Freiheit“. An der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Proletarierinnen und der Frauen der besitzenden Klasse zeigte die Rednerin, daß das weibliche Geschlecht nicht eine einheitliche geschlossene Masse bildet. Der Gegensatz zwischen der ausgebeuteten und der ausbeutenden Klasse kommt auch in den Emanzipationsbestrebungen des weiblichen Geschlechts zum Ausdruck. Die Frauen der besitzenden und herrschenden Klasse fordern wohl die Gleichstellung von Mann und Weib, aber sie wollen die Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht ihrer Klasse erhalten. Solange aber diese Macht besteht, wird die große Mehrzahl der Frauen sozial geknechtet und elend bleiben. Die Proletarierinnen wissen, daß die Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts nur möglich ist durch die Befreiung ihrer Klasse von Ausbeutung und Unterdrückung. Gegen die kapitalistische Gesellschaft als Trägerin dieser Ausbeutung richtet sich daher der erbitterte Kampf, den sie Seite an Seite mit ihren Klassen Genossinnen führen. Die Waffen in diesem Kampfe sind gewerkschaftliche und politische Organisation. Mit ihrer Hilfe werden sich die Frauen des Proletariats die Rechte erringen, die ihnen als Arbeiterinnen und Staatsbürgerinnen, als Frauen und Mütter zustehen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, an Stelle der bürgerlichen Schundliteratur die „Gleichheit“ und die sozialistische Tagespresse zu lesen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Am 20. Januar tagte in **Portermark** eine Frauenversammlung des sozialdemokratischen Vereins, die von vierzig Proletarierinnen besucht war. Genossin Endmann hielt ein Referat über das Thema „Die Frau und die Politik“. Sie verstand es, die Aufmerksamkeit der anwesenden Genossinnen auf ihre Ausführungen zu lenken, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Man sah es den Zuhörerinnen an, daß sie ihrer Ausbeutung satt sind. Sie versprachen ihrer Vertrauensperson, kräftig mitzuarbeiten an der Befreiung des Proletariats. Nach der Versammlung ließen sich mehrere Frauen in den sozialdemokratischen Verein aufnehmen.

Maria Hohn.

Weimar. Die weiblichen Mitglieder der Ortsgruppe des sozialdemokratischen Vereins werden ersucht, am 8. Februar im Volkshaus zwecks wichtiger Besprechung zu erscheinen. Ferner sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß es die Pflicht jeder Genossin ist, für einen starken Besuch der am 14. Februar stattfindenden Versammlung zu sorgen, in der Genossin Ziegler-Berlin über die Frauen und die politische Lage sprechen wird.

Bericht der Kinderschutzkommission für Altona-Ottensen. Das Kinderschutzgesetz dämmt bekanntlich die kapitalistische Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft nur sehr wenig ein. Aber auch der gewährte minimale Schutz bleibt fast vollständig toter Buchstabe, weil so bitter wenig getan ist zur Überwachung des geltenden Rechts. Deshalb sind die proletarischen Frauen auch in Altona-Ottensen zu einer Kinderschutzkommission zusammengetreten, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, an der Überwachung des Kinderschutzes mitzuarbeiten. Wenn die Kommission erfährt, daß Kinder vorchristlichwidrig beschäftigt werden, so macht sie die Eltern oder Arbeitgeber auf das Gesetzwidrige ihres Tuns aufmerksam und sucht sie zu veranlassen, davon abzustehen. Die Eltern werden darauf hingewiesen, daß sie ihren Kindern durch die frühe Erwerbstätigkeit die Jugend rauben, ihnen in ihrer körperlichen, geistigen und oft genug auch in ihrer Charakterentwicklung schaden, und daß sie sich obendrein in ihrem eigenen Fleisch und Blut Konkurrenten schaffen, die vom Untermertum als Lohndrücker ausgespielt werden. Nützen diese Mahnungen nichts, so melden

die Mitglieder der Kommission die einzelnen Fälle der Polizei, respektive der Gewerbeinspektion. Im Laufe des letzten Jahres sind von der Kommission eine ganze Reihe von Übertretungen des Kinderschutzgesetzes festgestellt worden. Manche davon wurden durch Verwarnung der Eltern und Arbeitgeber erledigt. Es sind die folgenden: In Altona wurden bei H., Große Bergstraße, zwei Brüder im Alter von 8 und 9 Jahren beschäftigt, also unter dem vorschriftsmäßigen Alter von 12 Jahren. Ein Waisenknabe war in einer Gastwirtschaft in Ottensen bis nachts 12 Uhr und oft noch darüber hinter der Schenke tätig. Eine Kolporteurin in Altona beschäftigte ihre eigenen Kinder morgens um 6 Uhr mit Zeitungsaustragen; die gleiche Gesetzesübertretung wurde in Ottensen in mehreren Fällen festgestellt. Ein Grünwarengeschäft beschäftigte vor und nach der Schulzeit ein kleines Mädchen. In einem anderen Grünwarengeschäft wurde ein Mädchen ohne Arbeitskarte angetroffen. Gemeldet wurde auch die Firma L. Behrens, Ottensen; sie verwendete ein Schulkind bis 10 Uhr abends, in der Weihnachtszeit sogar noch während der Mittagspause. Der Fall führte zu einer gerichtlichen Verurteilung und zu 5 Mk. Strafe. Der Zeitungskolporteur Dahlgrün, Altona, mußte wiederholt gemeldet werden, da er trotz Anzeige fortgesetzt Kinder unter 12 Jahren und auch solche ohne Arbeitskarte beschäftigte. Aus demselben Grunde mußte die Kolporteurin Memel-Schnoor Nachf., Altona, gemeldet werden, ferner Frau Steinle, Kolporteurin des „General-Anzeiger“, Ottensen, Buchl-Altona und Reinte-Altona. Der Inhaber der Filiale des „General-Anzeiger“ in der Reichenstraße wurde ebenfalls gemeldet, weil ein 6 und ein 7 jähriges Kind Zeitungen austrug. Eine Brotfrau Meier-Altona hat einen Waisenknaben von 10 Jahren in Pflege, der schon des Morgens früh um 4 1/2 Uhr Brot austragen mußte. In der Tabakindustrie wurde ein 5 bis 6 jähriges Kind beim Tabakstreifen angetroffen. Leider begegneten die Kommissionsmitglieder für ihre Tätigkeit nicht nur bei den Eltern und Arbeitgebern geringem Verständnis, sondern auch bei den Polizeibeamten. Wiederholt wurden die Genossinnen schroff angefahren, wenn sie mit Meldungen über gesetzwidrige Kinderbeschäftigung kamen. Verschiedentlich versuchte man sie abzuweisen oder ihnen plausibel zu machen, daß das Gesetz zu einem Einschreiten keine Handhabe biete. Nur in dem zuletzt gemeldeten Falle, wo das Kommissionsmitglied sich direkt an den Polizeikommissar gewendet hatte, war ein sofortiges Entgegenkommen zu verzeichnen. Wir sind der Meinung, daß es die einfache, selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit der Beamten ist, den bestehenden Gesetzesvorschriften Geltung zu verschaffen. Es ist eine wichtige soziale Arbeit, die von der Kinderschutzkommission geleistet wird, und die Mitglieder können beanspruchen, daß die amtlichen Organe, die auf das wirksamste durch diese Arbeit unterstützt werden, sie auch einsichtsvoll würdigen. Vor allem ist dringend nötig, daß die Genossinnen und Genossen die Kommission nach besten Kräften unterstützen. Einmal dadurch, daß sie mitwirken, Aufklärung zu verbreiten über die Gefahren und die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit, dann aber auch, indem sie alle Fälle von Kinderausbeutung den Mitgliedern der unterzeichneten Kommission sofort melden. Frau A. Heutmann, Gr. Mainstr. 1, 2. St. Frau L. Hove, Lorensenstr. 24, 3. St. Frau M. Knappe, Gr. Mühlenstr. 9, 2. St. Frau S. Dehlerz, Herlosgang 4, part., sämtlich für Altona. Frau F. Schmidt, Roonstr. 5, 1. St. Frau M. Bloßfeld, Schulstr. 20, 2. St. Frau L. Schlichting, Gr. Brunnenstr. 180, 3. St. Frau H. Kühn, Kirchentwiete 40, part., sämtlich für Ottensen.

Aus der Jugendbewegung.

Auf dem Parteitag zu Nürnberg wurde eine Resolution angenommen, die zum Zwecke „der Erziehung der Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung“ den Gewerkschafts- und Parteiorganisationen die Verpflichtung auferlegt, in einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden, deren Aufgabe sein soll, die Bildungsbestrebungen der Arbeiterjugend zu stützen und zu fördern. Einen Beschluß von der gleichen Bedeutung hatte der Gewerkschaftskongress zu Hamburg gefaßt. Um die Beschlüsse aus der Theorie in die Praxis umzusetzen, ist eine Zentralstelle konstituiert worden, deren Mitglieder sich aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission und der jugendlichen Arbeiter rekrutieren. Der Parteivorstand ist durch die Genossen Ebert, Müller, H. Schulz und Genossin Fiez vertreten, die Generalkommission durch die Genossen Legien, Sassenbach, A. Schmidt und Genossin Threr, die Arbeiterjugend durch die Genossen Lüpniß, Maschke, Peters und Genossin Koede. Aufgabe der Zentralstelle ist es, die Bestrebungen zur Erziehung und Aufklärung der jungen Proletarier zu fördern und zu unterstützen. Als Träger dieser Bestrebungen im ganzen Reiche sind bekanntlich vom Partei-

tag und Gewerkschaftskongress besondere Kommissionen gedacht, die in den einzelnen Orten gewählt werden. Diese Kommissionen haben sich mit der Zentralstelle in Verbindung zu setzen.

In Groß-Berlin hat sich bereits eine solche Jugendkommission unter dem Namen „Jugendausschuß“ konstituiert. Diesem Ausschuss gehören an: fünf Vertreter der Partei, fünf der Gewerkschaften, fünf über 18 Jahre alte Vertreter der Jugendlichen, darunter ein junges Mädchen, und fünf Vertreterinnen der in Partei und Gewerkschaft organisierten Frauen. Unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Rosenfeld hat der Ausschuss sofort mit einer kräftigen Agitation eingeseht. Am Sonntag den 3. Januar fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt, die von Jugendlichen überfüllt war. Genosse Schulz sprach über: „Das Recht der Jugend“. Seine von Liebe und Verständnis für die Jugend getragenen Worte fanden bei dieser begeisterten Beifall. In den Jugendausschuß wurden aus der „Freien Jugendorganisation“ gewählt: Maschke, Meißner, Peters, Schiller und Lucy Schulz.

Nach gründlichen Vorarbeiten konnte in der Sitzung des Jugendausschusses bereits ein Arbeitsplan vorgelegt werden, wenn auch vorläufig nur erst in seinen Grundzügen. Außer großen Veranstaltungen, die sich an weitere Kreise der proletarischen Jugend wenden, sind noch zwei oder mehr Zyklen geplant, die je zehn Abende umfassen und ungefähr 30 Teilnehmer haben sollen. Diese Zyklen, die in verschiedenen Stadtteilen stattfinden, werden als ersten Gegenstand Nationalökonomie behandeln. Sie sind als eine Art Unterrichtskurse gedacht; jedem Vortrag soll eine Diskussion in der Form von Frage und Antwort folgen.

Neben der ersten und wichtigsten Aufgabe, dem Bildungsdrang der Jugend zu genügen, wird sich der Jugendausschuß mit der Schaffung von Jugendheimen und Bibliotheken beschäftigen. Zurzeit fehlt es für die Jugend an beiden vollständig. Alkohol soll und darf die Jugend nicht genießen. Doch die Abstinenz erschwert ihr Zusammenkommen, denn die Wirte stellen den nur wenig oder nichts verzehrenden Jugendlichen ihre Säle nicht gern zur Verfügung. Der Jugend muß deshalb ein eigenes Heim und damit die Möglichkeit gegeben werden, sich zwanglos versammeln zu können.

Im „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1908 hat Genosse Waclawial, der dem Jugendausschuß ebenfalls angehört, beachtenswerte Winke gegeben, wie die Frage der Jugendheime und Bibliotheken eine gemeinsame Lösung finden kann. Seine Vorschläge zielen dahin, die jetzt zerstreut liegenden Gewerkschaftsbibliotheken mit ihrem reichen Material zu zentralisieren, und zwar so, daß in fünf verschiedenen Stadtteilen je eine größere Bibliothek errichtet werde, die, mit Einschluß der Lesesäle, gleichzeitig als Jugendheime dienen könnten. Waclawial berechnet, daß, von den einmaligen Ausgaben für die Einrichtung abgesehen, die Gesamtkosten nicht wesentlich mehr betragen würden als bei dem zurzeit vorhandenen System der Systemlosigkeit. Außerdem hebt er hervor, daß die Vorteile der Neuerung für die Arbeiterbewegung, insbesondere aber für die Jugendbewegung, zu den verhältnismäßig geringen Kosten ganz außerordentliche sein würden. Der Jugendausschuß wird sich mit diesen Vorschlägen noch eingehend beschäftigen.

In anderen Städten versucht man ebenfalls, ähnliche Einrichtungen für die Jugend zu schaffen. In Görlik wurde zum Beispiel ein Lesezimmer für jugendliche Proletarier eröffnet, dessen Benutzung natürlich unentgeltlich ist. Der Wahlverein Küstringen (Oldenburg) beschloß, eine Jugendorganisation ins Leben zu rufen, die vom Parteisekretär Schulz geleitet werden soll. Je ein Mitglied des Gewerkschaftskartells, des Wahlvereins, der Bibliothekskommission, des Bildungsausschusses und eine Vertreterin der Genossinnen werden ihn bei den Bemühungen zur Bildung der Jugend unterstützen.

Der Zusammenschluß der proletarischen Jugend macht Fortschritte. Die freien Jugendorganisationen in Württemberg zählen bereits gegen tausend Mitglieder. Sie veranstalteten im letzten Jahre zahlreiche Agitationsversammlungen, ließen für ihre Mitglieder Vorträge mit Diskussionen abhalten und waren bemüht, ihnen durch Verständigung mit den Gewerkschafts- und Parteibibliotheken gute Lektüre zu sichern. Der Verein in Heilbronn hat eine eigene kleine Bäckerei, die sechzig Bände umfaßt. Die körperliche Entwicklung ward durch Turnen, Ausflüge und Spiele im Freien gepflegt. — Wir begnügen uns damit, diese paar Beispiele aus vielen herauszugreifen, welche bekunden, daß sich im jugendlichen Proletariat hoffnungsreiches Leben regt, das durch die reifen Genossen und Genossinnen verständnisvolle Förderung findet.

Die Bestrebungen zur Bildung der Arbeiterjugend Deutschlands im Sinne des Sozialismus sollen durch die Herausgabe eines „Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen“ einen

geistigen Mittelpunkt erhalten. So hätte der Parteitag zu Nürnberg beschlossen. Auch für die Durchführung dieses Beschlusses ist inzwischen eifrig gearbeitet worden. Ende Januar wird die erste Nummer unseres neuen Jugendorgans in einer Auflage von 200 000 Exemplaren erscheinen und zur Agitation verbreitet werden. Redakteur ist Genosse Korn. Wir brauchen wohl die Genossinnen nicht besonders an ihre Pflicht zu mahnen, eifrig für die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend“ tätig zu sein.

Die proletarische Jugend selbst hat gezeigt, daß sie sich von christlichen und anderen Harmoniepredigern nicht einsaugen lassen will. Unter der Mitarbeit und Beratung seitens erfahrener älterer Genossen und Genossinnen werden die Ideen der „Freien Jugendorganisation“ ihre Werbe- und Sammlungskraft bewahren.

Das Tätigkeitsgebiet der Jugendbewegung ist ein begrenztes, weil die preussisch-deutsche reaktionäre Gesetzgebung den Jugendlichen bis zum 18. Jahre zum politisch Unmündigen herabdrückt. Immerhin kann mancherlei getan werden, um Verständnis und Begeisterung für die Befreiung der Arbeiterklasse unter dem proletarischen Wachstum zu wecken und ihn zum Kampfe für diesen behren Gedanken vorzubereiten. m. w.

Politische Rundschau.

Der Bloßkanzler hat sich am 19. Januar im preussischen Dreiklassenhause als starker Mann versucht. Er hat seinen Glauben gefunden — sein triviales Spiel hat lediglich die Schwäche seiner Stellung und die bedenkliche Situation des Bloßs aufgedeckt. Es war der waghalsige Versuch eines Bankrotteurs, die Öffentlichkeit durch sorgloses Auftreten über seine gefährdete Lage hinwegzutäuschen. Aber der Bankrott ist nur um so offenkundiger geworden.

Die Rede Bülow's sollte die Pläne der Hof- und Militärcliquen durchkreuzen. Wie erst neulich die Rundgebung der Generale beim Neujahrsempfang des Kaisers gezeigt hat, sind diese eifrig an der Arbeit, die Stellung Bülow's mit der Anklage zu unterhöhlen, der Kanzler habe während der Novembertage den Kaiser preisgegeben. Die Rede sollte zugleich den Bloß festigen, der an der Spitze der Reichsfinanzreform zu zerschellen droht. Der Kanzler braucht seine Mehrheit nötiger als je, um sie gegen die Kamarillen auszuspielen zu können.

Bezeichnenderweise sind's nicht die Freisinnigen, an die sich Bülow mit seinen Beschwörungen vornehmlich wendete. Er weiß, daß er ihnen so ziemlich alles bieten darf, und er hat sich daher auch nicht gescheut, ein Programm der Reaktion zu entwickeln, das eine wahrhaft liberale Partei unfehlbar hätte abstoßen müssen. An die Konservativen wendete er sich mit seinen Bitten und Versprechungen. Sie abzuhalten, sich den Hofkamarillen anzuschließen, ist sein eifrigstes Bestreben. Anscheinend haben die Junker nicht übel Lust, ihre Abneigung gegen die Nachlasssteuer, die sie im Steuerbündel der Reichsfinanzreform schlucken sollen, als gekränkte Königstreue zu drapieren. Bülow hat sich denn auch angelegentlich bemüht, seine Königstreue herauszustreichen und nachzuweisen, wie er allezeit mit dem persönlichen Regiment durch dick und dünn marschiert ist. Angesichts dessen, was er alles an würdeloser Verleugnung der wahren Pflichten eines verantwortlichen Leiters der deutschen Politik getan hat, ist doch das eine Mal, wo er sich zur Gänze zu drücken suchte, feinmal. So plädierte der Kanzler zwischen den Zeilen. Und hat er denn nicht für seine lieben Freunde, die Junker stets alles getan, was er nur tun konnte! Allerdings — die Nachlasssteuer behagt ihnen nicht. Aber einen kleinen Knochen muß man den Freisinnigen doch schließlich hinwerfen, wenn sie ihr Steuerprogramm völlig verleugnen und mit Hurra die neuen Belastungen des Konsums der Massen hinnehmen sollen. Es ist nur ein kleiner Knochen, ein ganz kleiner Knochen, und die Nachlasssteuer kann ja noch um vieles gemildert werden. . . Die Herren Junker mögen nur ihre Bedingungen stellen, die Regierung wird ihnen alles Verständnis entgegenbringen. Auch über die preussischen Steuerforderungen wird sich noch reden lassen, und im Reich soll gespart werden. Nicht an Heer und Flotte, die die Junkersöhne versorgen und die Herrschaft der Befehlshaber schützen sollen, sondern an den sozialpolitischen Ausgaben. Die Sozialreform kann stille stehen, die Junker können darob ganz beruhigt sein. Ihr Monopol auf die höheren Beamtenstellen soll ihnen ebenfalls bleiben. Der freisinnige Staatsredner Wiemer hatte leise an den fatalen Fall Schüding getippt. Als der tapfere Vertreter eines tapferen Freisinn's hatte er vorsichtig hinzugefügt, daß er durchaus nicht jedes der bösen Worte vertreten wolle, die der rücksichtslose Bürgermeister von Husum der preussischen Reaktion gesagt habe. Indes dürfe doch

sozusagen der regierungstreuere Freisinn doch eigentlich eine etwas bessere Behandlung verlangen. Bülow konnte die armen Schächer nicht ganz ohne Trost lassen. Gewiß sei der Freisinn gleichberechtigt. Freisinnige Beamte sollen auch ruhig geduldet werden, wenn sie von ihrem Freisinn keinen der Regierung und den Junkern unangenehmen Gebrauch machen. In der Bureaokratensprache heißt's: „den nötigen Takt gegen die Vorgesetzten wahren“. Was Herr Schüding bekanntlich leider nicht getan hat. Überflüssigerweise fügte Bülow hinzu, daß Sozialdemokraten in keinem Falle als Beamte geduldet werden, trotz der Verfassung, die gleiches Recht für alle Preußen verbürgt. Der freisinnige Fachsack brachte es fertig, diese Verhöhnung der Forderung nach wirklicher Gleichberechtigung mit devotem Krähfuß entgegenzunehmen.

Die stärkste Beschwörung hatte sich Bülow für den Schluß ausgespart. Nach einem alten Rezept, das bankrotte Staatsmänner gern anzuwenden pflegen, suchte er die Aufmerksamkeit von seinen Mißerfolgen und Blamagen abzulenken, indem er die Patrioten zu einem Kriegszuge gegen die Sozialdemokratie aufrief. Ein solcher Zug erscheint dem Kanzler offenbar als weniger riskant denn ein Krieg wieder äußere Feinde. Im Zeichen einer frischfröhlichen Haß gegen den Umsturz sollen die bürgerlichen Parteien sich sammeln und um ihn scharen. Er ist bereit, alle staatlichen Machtmittel in den Dienst der großen Sache zu stellen, und wenn sie nicht ausreichen sollten, so ist er nicht abgeneigt, es mit Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokraten zu versuchen.

So suchte der wackelnde Kanzler, um seine Stellung zu festigen, die Gewaltinstanz der Junker für sich mobil zu machen. Aber das Echo, das seine Rede fand, war nicht das erwartete. Die Junker sind zu sehr Realpolitiker, um über der Sozialistenhege ihre materiellen Interessen zu vergessen. Sie antworteten in Versammlungen und Zeitungsartikeln mit Äußerungen, die alles andere als Vertrauensfundgebungen für Bülow sind. Solange er nicht die Nachlasssteuer fallen läßt, ist er nicht ihr Mann. Der Zucker all seiner Versprechungen verlockt sie nicht. Sie erklären ihn des heimlichen Liberalismus verdächtig und geben vor, zu fürchten, daß er ihre Alleinherrschaft in Preußen durch Ausdehnung der Bloßpolitik auf diese ihre Domäne zu beschneiden gedente. Ja, sie tun, als ob die Fickerei am Dreiklassenwahlrecht, die die Thronrede verheißen hat, eine wirkliche Wahlreform bedeute, und als ob ihnen im Fall Schüding unrecht geschehen sei. Und was die verheißenen Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie anbelangt, so erklären die Junker lähl, daß sie diesem Kanzler nicht die starken Nerven vertrauen, die zur energischen Durchführung solcher Maßnahmen nötig sind. Freilich sind die scharfen Abfagen, die die Oldenburg-Januschau und Treuenfels an Bülow erlassen haben, von der konservativen Partei noch nicht offiziell gegengezeichnet worden, und es haben sich sogar einige Stimmen darüber erhoben. Aber das will offenbar nicht viel mehr bedeuten, als daß dem Kanzler noch eine Galgenfrist zur Umkehr gelassen werden soll. Jedenfalls liegt offen zutage, daß den Junkern an dem Verbleiben Bülow's im Amte nicht mehr viel liegt, daß er ein ausgegebener Mann ist, sofern den Konservativen eine Schwermutung vorteilhafter erscheint, als das Verbleiben in der Bloßfront.

Es versteht sich am Rande, daß die Sozialdemokratie etwaigen Versuchen, Ausnahmegeetze gegen sie zu schmieden, mit aller Kaltblütigkeit entgegensteht.

Eine ähnliche Bankrotteurtaktik wie der Kanzler riskiert der Freisinn. Sein neuestes Stücklein ist ein Anschlag auf vier von den sieben Mandaten, die die Sozialdemokratie in Preußen trotz des Dreiklassenwahlrechts bei den Landtagswahlen eroberte. Vier von den sechs Berliner Mandaten, die die Sozialdemokratie dem Freisinn abgenommen hat, sollen für ungültig erklärt werden, weil angeblich der — freisinnige! — Magistrat von Berlin die Wählerlisten falsch aufgestellt hat. Das Empörende an der Sache ist folgendes. Wenn der angeführte Grund stichhaltig ist, so trifft er für alle zwölf Berliner Mandate zu, also auch auf die sechs freisinnigen. Auch sie müßten dann für ungültig erklärt werden. Das aber hat der würdige Freisinn verhindert. Ein Protest, der diese sechs freisinnigen Mandate mitbetrifft, ist unter Mithilfe eines freisinnigen Abgeordneten als bloß gegen ein sozialdemokratisches Mandat gerichtet angesehen worden. Das heißt der Protest gegen die freisinnigen Mandate ist unterschlagen worden, so daß auf Grund gefälschter Darstellung ihre schleunige Gültigkeitserklärung durchgeseht wurde. Die Aufdeckung dieses blamablen Vorganges aber hält den Freisinn und seine Verbündeten nicht ab, die Ungültigkeitserklärung der sozialdemokratischen Mandate weiter zu betreiben — im Namen des Rechts! Das Recht soll mißbraucht werden, um einen brutalen Gewaltstreich zu verdecken, einen

Schurkenstreich von einer Schamlosigkeit, wie er in der Geschichte der Parlamente noch nicht dagewesen ist: Dem entrechteten Proletariat soll die geringe Vertretung aufs neue streitig gemacht werden, die es sich trotz der Tücken des Dreiklassensystems erkämpfte. Es wird den Wahlrechtsträubern die gebührende Antwort zu geben wissen. Diese alles Dagewesene übersteigende Herausforderung wird den Wahlrechtstämpf des preussischen Proletariats gewaltig verschärfen.

Dieser hat bereits aufs neue scharf mit einer imposanten Demonstration des Berliner Proletariats eingeseht, das am Sonntag den 24. Januar den Herrschenden Preussens seinen festen Willen bekundete, das Wahlrecht zu beseitigen. Viele Zehntausende von Demonstranten waren zur Kundgebung herbeigezogen. Dichte schwarze Kolonnen Entrechteter durchzogen die Straßen unter dem Brausen der Arbeitermarfeilaise, unter donnernden Rufen: „Heraus mit dem Wahlrecht! Das freie Wahlrecht hoch! Psui Bülow! Nieder mit Bülow!“ Die Polizei benahm sich im allgemeinen vernünftiger als am 10. und 12. Januar 1908. In musterhafter Ordnung wurde die große Demonstration durchgeführt, glänzend bewährte sich die sozialdemokratische Disziplin. Unter den Sünden will allerdings die Polizei den Marsch der Arbeiterbataillone noch nicht gestatten, den Gefang der Arbeitertruglieder, den vieltausendstimmigen Wahlrechtstämpf noch nicht dulden. Trotz aller polizeilichen Schläue hatte sich plötzlich um 1 Uhr ein gewaltiger Zug von gegen 12000 Menschen auf der sorgsam geschützten Triumphstraße der Hohenzollern entwickelt, die zum Schloß führt, das natürlich mit gewaltigen Schutzmännern „gesichert“ war. Rücksichtslos wurde da Attacke geritten, und es regnete Püffe und Fußtritte. Es gelang jedoch nicht, den eindrucksvollen Zug zu zersprengen. Auch an einigen anderen Stellen, wo offenbar besonders nervöse Vorgesetzte kommandierten, kam es zu ähnlichem polizeilichem „Einschreiten“. Die Säbel aber blieben in der Scheide, von zwei Fällen abgesehen, in denen, dank der Disziplin der Genossen, das Schlimmste verhütet wurde. Blut ist nicht geflossen und Verhaftungen dürften nur verhältnismäßig wenig vorgekommen sein. Der ganze Verlauf der Demonstration ist eine glänzende Rechtfertigung der Forderung der Arbeiterklasse auf Freigabe der Straße für ihre Demonstrationen.

Die Kundgebung war natürlich auch ein Protest gegen den freisinnigen Mandatsraubplan. Abgeordneter Fischbeck entging einer ihm zugeordneten Sonderdemonstration nur durch die Vorsorge der Polizei, die ihn gleich einem Monarchen oder Minister beschützte. Am Montag wollten sich demonstrierende Massen vor dem preussischen Abgeordnetenhause sammeln, wurden jedoch durch ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot abgedrängt und zersprengt. Im Hause der Dreiklassenschmach begannen die Verhandlungen über den freisinnigen Wahlrechtsantrag. Zurzeit, wo wir dieses schreiben, sind sie noch nicht abgeschlossen. Bis jetzt beleuchteten sie die völlige Ohnmacht der Freisinnigen und das Kraftgefühl der Junker, die am Dreiklassenwahlrecht nicht rühren lassen wollen. Genosse Ströbel rechnete im Namen der Sozialdemokratie scharf mit der offenen und maskierten Reaktion ab und erklärte, daß auch die Bajonette die Dreiklassenschmach nicht lange mehr halten könnten.

In Sachsen hat der Wahlrechtstämpf am 17. Januar zu großen Kundgebungen der Arbeiterklasse in den Straßen Dresdens geführt. An 15000 Proletarier demonstrierten gegen das neue Pluralwahlrecht, das die Erste Kammer des Landtags zurechtgeschustert hat und wofür auch die Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer gewonnen wurde. Mit dem Polizeisäbel suchte man die Demonstrationen zu unterdrücken, und an einer Stelle kam es zu einer regelrechten Attacke auf die unbewehrte Menge, bei der an zwanzig Verwundete auf dem Platze blieben. Aber das Blutvergießen hat die imposante Kundgebung nicht zu hindern vermocht, und wenn das Schloß auch sorgfältig abgesperrt war, dem König ist der Anblick des protestierenden Proletariats und eine sehr deutliche Äußerung seines Hornes nicht erspart geblieben. Wenige Tage darauf ist das Vierstimmigenrecht Gesetz geworden. Aber die Haltung der Dresdener Arbeiterschaft bürgt dafür, daß die lähne Hoffnung nicht erfüllt wird, die der Minister Hohenthal bei der Verabschiedung des Gesetzes aussprach: nämlich daß es nun Ruhe werde in Sachsen. Die Befürchtung eines freisinnigen Redners wird vielmehr recht behalten, daß Sachsen nun wieder ein knallrotes Königreich werden wird. . . . Der Wahlrechtstämpf in Preußen und Sachsen hebt aufs neue an. Der Anfang war gut, die Fortsetzung wird nicht schlechter sein. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Frage der Arbeitskammern, die durch den abgeänderten Gesetzentwurf der Regierung erneut aufgerollt wurde, ist für die Arbeiterinnen wichtig genug, daß wir uns auch an dieser Stelle

noch weiter mit ihr beschäftigen. Die erste Vorlage der Regierungen hatte bekanntlich von allen Seiten scharfe Kritik, schroffe Ablehnung erfahren. Mit Recht galt sie als eine sozialpolitische Mißgeburt geradezu ungeheuerlicher Art, die nur ein Schicksal verdiente: die Wolfschlucht. Nicht ganz so hart lautet das Urteil über die neue Fassung des Regierungsentwurfs, über den der Reichstag bereits in erster Lesung verhandelt hat. Aber auch er ist noch mit so vielen und so hervorstechenden „Schönheitsfehlern“ behaftet, daß er scharfe Kritik herausfordert und einer radikalen Kur in der Kommission bedarf, um sozialpolitischen Wert beanspruchen zu dürfen. Wer das Wesen des offiziellen Deutschen Reiches kennt, in dem die beschränkten und engherzigsten Interessen der ausbeutenden Klassen Trumpf sind, der kann sich auch an den Fingern abzählen, daß die schwersten Mängel und Gefahren des neuen Entwurfs darin bestehen, daß er den Interessen der Arbeiterklasse nicht gebührend Rechnung trägt, ja Schlimmeres noch: daß er sich in manchen Bestimmungen direkt feindlich gegen sie wendet. Aus den von uns bereits an dieser Stelle skizzierten Gründen lehnt daher die Presse der freien Gewerkschaften den Gesetzentwurf ab. Das führende „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ traf den Nagel auf den Kopf, als es unter anderem erklärte, daß die besseren Wahlbestimmungen des neuen Entwurfs in schneidendem Gegensatz stehen zu der sonstigen Beschränkung, Bevormundung, die er für die Arbeiter festlegt. Nur das Organ der Buchdrucker nimmt, soweit wir die Pressestimmen der Gewerkschaften übersehen konnten, einen etwas abweichenden Standpunkt ein. Es findet wohl reichlich Mängel an dem Gesetzentwurf, meint aber, es müsse geprüft werden, was zu erreichen gegenwärtig möglich sei. Da jetzt die Errichtung von Arbeiterkammern nicht durchgeführt werden könne, so müsse man mit Arbeitskammern vorlieb nehmen, mit deren Existenz die Kapitalisten ihrerseits auf reine Unternehmerrkammern zu verzichten hätten. Die Unternehmerverbände und ihre Pressorgane lehnen den Gesetzentwurf ebenfalls ab und empfehlen die Schaffung reiner Arbeiterkammern, „wenn den Arbeitern eine Interessenvertretung beschieden sein soll“. Aus dem übereinstimmenden Urteil der beiden sozialen Gruppen, die an der Sache unmittelbar beteiligt sind, zieht die „Frankfurter Zeitung“ ganz richtig den Schluß, daß die Frage nach der Errichtung von Arbeitskammern zu verneinen sei, „da man niemanden gegen seinen Willen glücklich machen solle“. Täglich mehren sich die Handelskammern aus den industriereichsten Gegenden, die den Gesetzentwurf verwerfen. Wir nennen die Handelskammern in Essen, Warmen, Elberfeld, Düsseldorf, Solingen usw. Die Berliner Handelskammer hat ihren früheren ablehnenden Standpunkt etwas verändert, sie steht jetzt der Schaffung von Arbeitskammern freundschaftlicher gegenüber. Der bekannte Sozialpolitiker Dr. Fleisch-Frankfurt wendet sich in einem Artikel des „Gewerbe- und Kaufmannsgerichts“ gegen den Entwurf. Dieser will seiner Ansicht nach nur eine neue Behörde schaffen, für die gar kein Bedürfnis vorliege. Gewerbegerichte und Tarifverträge genügen zur Regelung des Arbeitsvertrages, und diese Institutionen müßten weiter ausgebaut und gesetzlich geschützt werden. Zenträmmer, freisinnige Blockbrüder, christliche Gewerkschaften und einige Salonsozialpolitiker, die ihres Zeichens zu der ehrsamten Junst der Professoren gehören, begrüßen trotz allem die Arbeitskammern als Brücken zum sozialen Frieden. In dieses Horn tutete ja auch der Vertreter der Bundesregierung, Herr von Bethmann-Hollweg. Dieser Minister für Sozialpolitik nach dem Herzen der Schlot- und Krautjunker meinte, daß durch das Wirken der Gewerkschaften die Errichtung von Arbeiterkammern als einer reinen Interessenvertretung des Proletariats gegenstandslos gemacht sei. Da scheint der Herr doch verdammt schlecht über die Forderungen unterrichtet zu sein, die sich für die Arbeiter täglich aus unserem Wirtschaftsleben ergeben, wie über die Aufgaben, die daraus für die Gewerkschaften erwachsen. Auch über das, was eine gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter bedeutet, tappt er offenbar im Finstern.

Während im Reichstage die Vertreter der besitzenden Klassen gar lieblich die Schalmeien vom sozialen Frieden ertönen lassen, hallt das Wirtschaftsleben wie je vom Kampfe der ausgebeuteten Massen mit der ausbeutenden Minderheit wieder. Wie könnte es auch anders sein? Ist doch das Bestreben der letzteren nach wie vor darauf gerichtet, den ersteren so blutwenig als nur möglich von dem Ertrag ihrer Arbeit zukommen zu lassen! Die Krise, die die fetten Profite der Herren Unternehmer etwas schmälert, steigert dieses Bestreben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen für das zahlen, was die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Gestalt der Krisen mit sich bringt. So sind in den letzten Zeiten bei den Kapitalisten besonders Kniffe und Pfiffe beliebt, welche die Auswucherung der Arbeitskräfte über das übliche Maß hin-

aus steigern: Lohnabzüge, Senkung des Verdienstes durch neue Arbeitsmethoden, Verdrängung von Männern durch Frauen, Erziehung der Erwachsenen durch Jugendliche, Errichtung von Filialen auf dem Lande, Einführung der Heimarbeit usw. Hand in Hand damit gehen nicht bloß die brutalsten, sondern auch die raffiniertesten und schamlosesten Machenschaften, um die Arbeiter und Arbeiterinnen in Unwissenheit über ihre Interessen zu halten und der Macht ihrer Organisationen entgegenzuwirken. Den wirtschaftlich Schwachen soll die Kraft vorenthalten, geraubt werden, die ihnen aus Wissen und Vereinigung erwächst. Wie das gemacht wird, das zeigen die Enthüllungen über die beispiellos gemeinen, schmutzigen Praktiken, mit denen der „Ehrenmann“ Lebius vorwärtstommt und seine gelben Kohorten zu Ruh und Frommen der Kapitalisten marschieren läßt. Es ist wieder einmal zweifelsfrei bewiesen, daß die gewissenloseste Gesinnungslumperei in den Kreisen der gelben Gewerkschaften eine Stätte gefunden hat, und daß diese im holden Verein mit dem Ausbeutertum die Vernichtung der freien Gewerkschaften erstreben. Lebius, ein geistiges Haupt der Gelben, machte seinerzeit durch ein Sudelwerk von sich reden, das angeblich korrupte Zustände in sozialdemokratischen Parteikreisen widerpiegeln sollte, aber nur zeigte, daß der Verfasser ebenso talentlos wie schamlos verlogen war. Der Wiedermann wollte sich als neuen Messias der Arbeiter aufspielen. Nun sind aus seinem und seiner Frau Leben die schmutzigsten Dinge aufgedeckt worden, die zugleich einen Blick hinter die Kulissen der gelben Gewerkschaften tun lassen. Lebius war der Mann der Unternehmer, der von ihnen reichlich ausgehalten, eifrigst bei der Gründung von gelben Arbeitervereinen tätig war. Er empfahl unter anderem einem Fabrikanten, durch einen unteren Beamten den Anstoß zur Gründung eines gelben Arbeitervereins zu geben. Einem anderen sicherte er für die Konstituierung eines Privatbeamtenvereins derselben Farbe seine bewährte persönliche Unterstützung zu usw. Durch Briefe ist festgestellt worden, daß er für seine treuen Liebesdienste recht splendid belohnt wurde. So erhielt er von der Firma Siemens & Halske 8400 Mk., vom Verband Berliner Baugeschäfte 200 Mk. usw. Die Aufforderung, sich in einer öffentlichen Versammlung zu verteidigen, beantwortete er mit einer frechen Beschimpfung der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen. Er erklärte, der Versammlung fernzubleiben, da ihr zu viele Dirnen und Zuhälter bewohnten! Von der Unverfrorenheit des Menschen abgesehen, haben die Enthüllungen über sein Treiben jedenfalls das eine gezeigt: manche Unglückselige, die von bitterer Not in die Gasse gestoßen worden ist, sieht noch turmhoch über dem Lebius. Als so infam ist er gekennzeichnet, daß sogar die bürgerliche Presse, die doch nichts weniger als gewissenslos ist, fast einmütig von dem korrupten Handlanger des Scharfmachertums abgerückt ist. Auch mehr als ein Unternehmer wird nach der Berührung mit diesem schleunigst nach Wasser und Seife verlangt haben, das alte Wort bestätigend: „Man liebt wohl den Verrat, doch nicht den Verräter.“ Hoffentlich geht die mehr als verdiente Stäupung des sauberen Patrons nicht spurlos an einem großen Teil der Arbeiter vorüber, die sich für die gelben Organisationen einsparen ließen. Ihr Ehr- und Reinlichkeitsgefühl muß sie aus dem Kreise treiben, in dem Lumpereien gedeihen, wie der Medaltour des „Bund“ sie auf dem Kerbholz hat.

Wie der „Vater Staat“ für das Wohl der Arbeiter sorgt, das wird wieder einmal durch die folgende Tatsache illustriert. Die Korbmacher mußten in eine lebhafteste Protestbewegung eintreten, um die Preisdrückerei abzuwehren, die auf das Vorgehen der Heeresverwaltung zurückzuführen ist und natürlich in Lohndrückerei umschlägt. In der Heeresverwaltung sind, wie es sich in Deutschland versteht, die edlen Nachfahren der „Besten im ganzen Land“ zahlreich vertreten, die „Rauben und Reuten“ für keine „Schand“ hielten. Sie hat daher unseres Wissens noch nie Anstoß daran genommen, den Herren Junkern für ihre Lieferungen an Stroh, Kartoffeln, Hafer, Pferde usw. hohe und höchste Preise zu zahlen. Dafür entblüdete sie sich nicht, den schlechten Geschäftsgang auszunutzen und Bestellungen auf Geschößkörbe zu stark herabgesetzten Preisen zu vergeben. Die Unternehmer sorgen natürlich dafür, daß dadurch ihr Beutel nicht getroffen wird: sie setzen die Löhne herab. Von 25 Versammlungen mit 2144 Teilnehmern wurden Petitionen an den Kriegsminister beschossen mit der Forderung, daß in den Lieferungsverträgen die Unternehmer verpflichtet werden sollen, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Auch gegen das Zwischenmeister-system und das Verschleppen der Arbeit in die Hausindustrie wenden sich die Arbeiter. Sehr erfreulich ist es, daß sich die oberfränkischen Korbmacher rege an der Protestbewegung beteiligt haben. Sie konnten den Lohndrückereien bisher nur geringen Widerstand entgegensetzen, da sie nicht organisiert waren. Nun haben auch sie sich aufgerafft und sind in großer Zahl dem Deutschen

Holzarbeiterverband beigetreten. Damit haben sie einen wichtigen Schritt vorwärts auf der Bahn getan, die zur Hebung ihrer Lage und zur Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führt. #

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin hat kürzlich seinen Jahresbericht für 1907 versendet. Entsprechend der schlechten Wirtschaftslage, die sich bereits in der zweiten Hälfte von 1907 bemerkbar machte, ging die Nachfrage nach Arbeitskräften, das ist die Zahl der offenen Stellen, um 10,8 Prozent gegen das Vorjahr zurück, indes das Angebot von Arbeitskräften um 0,8 Prozent stieg. 1907 betrug die Zahl der Arbeitsgesuche insgesamt 158 098 gegen 156 817 im Jahre 1906, die der offenen Stellen 119 915 gegen 134 474 im Vorjahr, und die der besetzten Stellen 95 678 gegen 99 557. Diese Zahlen gelten für die männliche und weibliche Abteilung zusammen. Betrachtet man die Ergebnisse der weiblichen Abteilung für sich allein, so gruppieren sich die Zahlen wesentlich anders. Nach allen drei Richtungen, die für die Arbeitsvermittlung von Bedeutung sind, ist eine Steigerung zu verzeichnen. Die Arbeitsgesuche stiegen hier von 12 863 im Jahre 1906 auf 16 686 im Jahre 1907, die offenen Stellen von 13 953 auf 15 213 und die Besetzungen von 10 380 auf 12 700.

Die Ursache dieser Zunahme liegt sicher nicht allein darin, daß die Arbeiterinnen bei Arbeitslosigkeit sich nunmehr auch an den Zentralverein für Arbeitsnachweis wenden und nicht nur an die gewerbsmäßige Stellenvermittlung. Sie ist wohl vielmehr hauptsächlich darin zu erblicken, daß Zeiten schlechter wirtschaftlicher Konjunktur, wie sie im Jahre 1907 begonnen haben und unter denen wir noch leiden, stets eine Zunahme gewerblicher Frauenarbeit zur Folge haben. Jeder Unternehmer sucht seinen geringeren gewordenen Profit möglichst dadurch zu erhöhen, daß er an die Stelle des besser entlohnten männlichen Arbeiters die billigere Arbeiterin setzt. Über die Ergebnisse des Stellungsnachweises für Dienstmädchen, den der Zentralverein errichtet hat, berichten wir an anderer Stelle.

m. w.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Generalversammlung des Vereins der Dienstmädchen, Wasch- und Schenkerfrauen von Hamburg, Altona und Umgebung hat am 14. Januar d. J. im Gewerkschaftshaus in Hamburg stattgefunden. Nach dem Bericht der Kassiererin, Frau Kuhlmann, betrug die Jahreseinnahme der Organisation 12 228,17 Mk., den vorjährigen Kassenbestand von 875,38 Mk. eingerechnet, die Ausgabe 8812,65 Mk. Außerdem wurden jedoch der Unterstützungskasse 124 Mk. überwiesen, dem Stammkapital des Gewerkschaftshauses 1000 Mk. und der Sparkasse des Gewerkschaftshaus 2200 Mk. Der Kassenbestand stellte sich daher am 3. Januar 1909 auf 91,52 Mk. Frau Heeren fragte wegen der Schenkungen an, die im Kassenbericht erwähnt sind. Sie erhielt die Auskunft, daß Interessenten die Quelle der Gaben beim Vorstand erfahren können. Die Vorsitzende Genossin Kähler gab den Jahresbericht, 5 öffentliche und 13 Mitgliederversammlungen haben stattgefunden, 16 Vorstandssitzungen und 35 Kartellberatungen. Eingegangen sind 80 Schriftstücke und ausgegangen 300. Es stellte sich heraus, daß in den äußeren Stadtteilen der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig ließ; in folgedessen fanden in diesem Jahre nur 5 öffentliche Versammlungen statt. Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 3000, die Fluktuation ist sehr groß. 104 Mitglieder reisten ab, 40 verheirateten sich und 61 traten in einen anderen Beruf über. Hunderte geben bei Stellungswechsel ihre neue Adresse nicht an. Die Berichterstatterin teilte das Ergebnis der Ermittlungen mit, welche die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über Zahl und Stärke der 18 freien Dienstbotenorganisationen vorgenommen hat. Sie verwies auf die am 17. Januar bevorstehende Konferenz der Dienstbotenvereine und forderte zur Entsendung einer Delegierten auf. Die Gründung eines Zentralverbandes, so betonte sie, werde ermöglichen, daß in vielen Orten neue Dienstbotenvereine ins Leben treten. Genossin Kähler schloß ihre Ausführungen mit dem Wunsch, daß der Hamburger Verein durch das Zusammenwirken aller Mitglieder weiter blühen und gedeihen möge. Frau Viehr, Frau Lindner und Frau Kuhlmann äußerten sich im Sinne dieser Ausführungen. Über den Stellennachweis der Organisation berichtete Frau Brandenburg für die Zeit vom 1. März 1908 bis 1. Januar 1909. An dem letztgenannten Datum betrug die Zahl der eingetragenen Mitglieder 5200, dem Gewerkschaftskartell ist der Verein mit 1500 Mitgliedern angeschlossen. 1555 neue Mitglieder wurden

im Stellennachweis aufgenommen. 2295 Stellenangebote und 1474 Stellengesuche waren zu erledigen. Es kamen zustande: 626 Vermittlungen von vollen Stellen, 83 von Aushilfspersonal, 70 von Tagemädchen, 28 von Morgenmädchen und -frauen, 6 von Haushälterinnen, 6 von Kochfrauen, 1 von einem Kochlehrling. 1518 gemeldete Arbeitstage für Frauen wurden besetzt und 3928 Engagementsordres für Mädchen ausgestellt. Die Zahl der eingegangenen Postfächer betrug 1408, die der ausgegangenen 1479 und die der ausgegangenen Karten 1966. Von Oktober 1908 ab wurden bis jetzt 363 Offerten eingereicht. Das Geschäftsbild war günstig, die Zahl der Vermittlungen, besonders für Frauen, hat sich gehoben. Für die von dem Stellennachweis vermittelten Wasch- und Putzfrauen wurde der Tarif durchgeführt: zehnstündige Arbeitszeit und 2,50 Mark Tagelohn. Genossin Brandenburg sprach die Hoffnung aus, daß das beste Wollen und die ernstesten Ratichläge der Mitglieder den Stellennachweis immer mehr vervollkommen möchten. Frau Heeren bedauerte, daß in dem Verein Einrichtungen fehlten, die die jungen Mädchen an die Organisation fesseln könnten. Fräulein Dom empfahl dem Vorstand, ein Heim einzurichten, in dem stellenlose Mitglieder Unterkunft finden. Frau Cilowsky, Frau Kahl, Frau Junge und Frau Lindner brachten Wünsche vor, deren Erörterung der vorgeschrittenen Zeit wegen zum Teil auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben werden mußte. Zur ersten Vorliegenden ward Frau Kähler, zur zweiten Frau Koltrowitz, zur Kassiererin Frau Kuhlmann und zur Schriftführerin Frau Mangels gewählt. Redisorinnen sind Frau Busch, Frau Boh, Frau Br. und drei junge Mädchen. Das Mandat zu der Konferenz in Berlin wurde Frau Kähler übertragen. Die Vorsitzende machte auf das am 11. Februar 1909 im Gewerkschaftshaus stattfindende Kostümfest aufmerksam, sowie auf den Fortbildungsverein und die Invalidenversicherung. Nachdem noch einige Türkontrollurinnen gewählt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen. W. Mangels.

Der Verein der Hausangestellten von Stuttgart hielt am 10. Januar seine Generalversammlung ab. Der Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden bewies, daß der Verein eifrig bestrebt ist, die Dienstboten für die Organisation zu gewinnen. Bisher haben fünf Mitgliederversammlungen und drei öffentliche Versammlungen stattgefunden, ferner ein Unterhaltungsabend, sechs Vorstandssitzungen, drei Vorbesprechungen und drei Flugblattverbreitungen. Der Vertreter der Gewerkschaften, Genosse Schuhmacher, regte an, daß der Verein eine Delegierte zu der am 17. Januar in Berlin stattfindenden Dienstbotenkonferenz entsenden solle. Eine zur Beisteuer für die Delegationskosten veranstaltete Sammlung ergab den Betrag von 17,50 Mk. Gewiß ein Beweis schöner Opferfreudigkeit der Mitglieder. Als Delegierte wurde Genossin Vorhölzler gewählt. Die Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, bei Stellenwechsel ihre neue Adresse anzugeben und durch rege Agitation für einen zahlreichen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Ein flottes Länzchen schloß die gut besuchte Versammlung. Frida Bahr.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Das Elend der Grubenarbeiterinnen im Zeitz-Weißensfelder Braunkohlenrevier wirft ein großes Licht darauf, wie herrlich es um das Los des werktätigen Volkes in dieser besten aller Welten bestellt ist. Eine Genossin schreibt uns darüber: Wenn man aus einer anderen Gegend, in der die Frauenarbeit auf den Gruben nicht bekannt ist, in das Zeitz-Weißensfelder Revier kommt, so steht einem vor Staunen und Empörung fast der Verstand still. Man sieht die namenlose Schmach und den Jammer, daß bleiche, hohlwangige Frauen als Invaliden und Krüppel herumzuschleichen und in ihren besten Jahren nicht einmal mehr in stande sind, ihren dürftigen Haushalt zu versehen. Warum das? Jedes Kind hier kann das dem sagen, der es nicht mit eigenen Augen sieht. Weil die Frauen durch schwere, schädliche Arbeit auf den Gruben ihrer Jugendkraft und Gesundheit beraubt werden. Den Grubenbaronen und ihren Handlangern ist es freilich gleichgültig, ob die Frauen infolge ihrer Beschäftigung, das heißt Ausbeutung zugrunde gehen und die Kinder schon im Mutter Schoß verkümmern. Für sie gibt es nur ein Bestreben: möglichst billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten, aus deren Knochen sie den höchsten Profit herauspressen können. So werden zum Beispiel die Frauen bei dem Abladen des Grubenholzes von den Loren beschäftigt, einer Arbeit, die so anstrengend ist und solche Bewegungen mit sich bringt, daß sie höchst nachteilig auf den weiblichen Organismus wirken muß. Sie schleppen die sogenannten Klappen und Türhölzer, die oft bis 7 1/2 Fuß messen, Baumstämme, die 12 bis 14 Meter lang sind, und anderes Grubenholz. Auch das

Auffstapeln der „Pfähle“ wird fast ausschließlich Frauen und Mädchen zugewiesen. Diese müssen dabei auf den Stapeln herumklettern, während unten die Arbeiter hin und her gehen. Den Unternehmern fällt es nicht ein, daß dies oft genug zu Robeiten und Bemerkungen Anlaß gibt, welche das Schamgefühl, das Sittlichkeitsempfinden der Arbeiterinnen tief verletzen. In der Hölle, in welche die Ausbeutung das Leben vieler Proletarier verwandelt, haben nicht alle die Kraft, zu Engeln zu werden! Die Herren Kapitalisten aber, die doch sonst so besorgt um die Sittlichkeit der Arbeiterklasse sind, nehmen an den skandalösen Zuständen keinen Anstoß, die auch beim Verladen der Briketts zutage treten. Die Arbeit ist — davon abgesehen, daß sie zu große Anforderungen an die Kräfte stellt — auch nicht ungefährlich. Es gibt keine Leitern, oft fehlen auch die Trittbretter an den Loren, so daß die Arbeiterinnen, wenn sie hinauf oder herunter wollen, wahre Seiltänzerkunststücke vollbringen müssen. Beim Versehen der Klappsteine, die in zwei Etagen in den Schuppen aufgebaut werden, klettern die Frauen wie Katzen an den Latzen hin und her. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse sind ungemein traurige. Oft kommt es vor, daß die Mädchen, die mit dem Abnehmen der Briketts beschäftigt sind, von 6 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends ununterbrochen schuften, weil die Ablösung fehlt. Das lange Essen müssen sie dann während der Arbeit hinunterwürgen.

Von einer Pflege der Kinder kann bei den Grubenarbeiterinnen natürlich keine Rede sein. Mütter lassen sich während der Frühstück- und Vesperpausen ihren Säugling auf die Grube bringen, um ihnen die Brust zu reichen. Des Mittags hasten sie nach Hause, wo sie außer den Kindern noch den Haushalt zu besorgen haben. Es liegt auf der Hand, daß bei solchen Verhältnissen weder die Mütter noch die Kinder gedeihen können. Ein frühes Siechtum der Frauen, eine entsetzliche Säuglingssterblichkeit sind die traurigen Folgen. Selten erreicht die Sterblichkeit in einem ländlichen Bezirk eine solche Höhe wie bei uns.

So starben 1908 in Ludenau bei einer Einwohnerzahl von 5000 Personen 550 Kinder im Alter bis zu 4 Jahren. Es ist schon vorgekommen, daß die Volksschule ein halbes Jahr lang geschlossen werden mußte, weil so viele Schüler krank waren. Sicher wären die Zustände, die im Zeitz-Weißensfelder Braunkohlenrevier zum Himmel schreien, nicht in dem Umfang möglich, wenn sich die Arbeiterinnen ihrer Lage bewußt wären und mit Hilfe der Organisation dagegen ankämpften. Leider sind aber die hiesigen Frauen in dieser Beziehung noch sehr rüchständig. Sie nehmen ihr Elend als unabwendbar hin, statt sich dagegen aufzulehnen und mit allen gleich Leidenden vereint dagegen anzukämpfen. Bei dem letzten großen Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland sind viele von ihnen ihren Männern, Söhnen und Brüdern, die neun Wochen lang im Kampfe standen, in den Rücken gefallen und haben Streitarbeit verrichtet. Jedoch es muß in dieser Hinsicht besser werden. Die Frauen unserer Gegend müssen zu der Einsicht kommen, daß sie nicht länger leben sollen, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben, und zwar als Menschen zu leben. Ein kleiner Stamm überzeugter Genossinnen wird fleißig und unerschrocken dafür arbeiten, daß die Frauen ihr Los als Angehörige einer ausgebeuteten Klasse erkennen lernen und daß sie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, der Organisation begreifen. Durch das Reichsvereinsgesetz sind wir Frauen in den Stand gesetzt, uns nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Nutzen wir dieses Recht, indem wir den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei beitreten. Wehren wir uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung, kämpfen wir, um uns und unseren Kindern eine bessere Zukunft zu bereiten. H. H. in L.

Frauenstimmrecht.

I. K. Für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Norwegen wird lebhaft agitiert. Am eifrigsten natürlich von unseren Genossinnen und der sozialdemokratischen Partei, die das höchste Interesse an der Beseitigung des geltenden Frauenwahlrechts haben. Der Sozialdemokratische Frauenverband, welcher der Arbeiterpartei angegliedert ist, hat daher an alle norwegischen Frauenorganisationen die Aufforderung gerichtet, bei den bevorstehenden Storthingswahlen nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich dazu verpflichten, für die Erweiterung des jetzigen Zensuswahlrechts für die Frauen zum allgemeinen Frauenwahlrecht einzutreten. Die bürgerliche Frauenstimmrechtsvereinigung hat daraufhin beschlossen, nur für Kandidaten zu arbeiten, welche sich zu dieser Verpflichtung verstehen. Die Frauenrechtlerinnen lösen damit ein Versprechen ein, das sie gegeben haben, als es sich darum handelte, das beschränkte Frauen-

wahlrecht zum Parlament in Norwegen einzuführen. Auch der Liberale Arbeiterbund, dessen Vorsitzender der jetzige Justizminister Kastberg ist, hat auf seiner letzten Jahresversammlung ein Wahlprogramm gutgeheißen, das das allgemeine Frauenwahlrecht in Gemeinde und Staat fordert. Da in Norwegen die Grundsätze einer alten bäuerlichen Demokratie noch eine bedeutende Rolle im politischen Leben spielen und das Zensuswahlrecht der Frauen in zu kräftigem Widerspruch zu dem allgemeinen Wahlrecht der Männer steht, werden die Neuwahlen wahrscheinlich eine Majorität für das Storting bringen, welche das allgemeine Frauenwahlrecht einführt.

Für das allgemeine Frauenstimmrecht hat sich der Erste Allrussische Frauenkongress erklärt. Die Resolution, welche diese Forderung erhebt, war von den Vertreterinnen der Arbeiterinnen eingebracht worden. Sie lautet: „Da die bürgerliche und politische volle Gleichberechtigung der Frau sich als eines der besten Mittel im Kampfe für ihre allseitige Befreiung erweist, da die Frau politische Rechte nur bei der vollen Demokratisierung des Staates erlangen kann, fordert die Kongresssektion für die politischen Rechte des weiblichen Geschlechts, daß allen großjährigen Staatsbürgern, ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität und des Glaubens das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht zu den kommunalvertretungen wie auch zu einem gesetzgebenden Parlament verliehen wird, das mit voller Staatsgewalt ausgerüstet ist.“

I. K. Die Vereinigung zur Erringung des Wahlrechts für alle Großjährigen in England, die Adult Suffrage Society, hielt kürzlich ihre Jahresversammlung ab. Die bisherige Vorsitzende Miss Bondfield legte ihr Amt nieder, an ihre Stelle wurde Mrs. J. Macpherson gewählt. Nach einer ausgiebigen Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher gefordert wird, daß unverzüglich im ganzen Lande eine kraftvolle, rührige Agitation entfaltet werden muß. — Die „Vereinigung“ kämpft unter sehr schwierigen Umständen wacker für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen. Auf der einen Seite stößt sie auf all die Widerstände und Schwierigkeiten, welche für ihre Beteiligung durch die energische Agitation der Frauenrechtlerinnen für das Damenwahlrecht geschaffen werden. Auf der anderen Seite stehen zwar die Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Partei auf dem gleichen Standpunkt wie sie und bekräftigen ihn alljährlich auf ihren Kongressen durch Resolutionen, haben aber bis jetzt davon abgesehen, eine starke, einheitliche Aktion für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu entfalten. Jedenfalls darf die „Vereinigung“, der fast alle jene englischen Genossinnen angehören, die nicht auf den Keim des beschränkten Frauenwahlrechts gegangen sind, das Verdienst beanspruchen, einen tüchtigen Stamm von geschulten Vorkämpferinnen und Vorkämpfern für das allgemeine Wahlrecht zu sammeln. Und dieser Stamm tut aufopfernd das Seine, um diese Forderung unter die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu tragen und der frauenrechtlerischen Begriffsverwirrung entgegenzuarbeiten. Wenn alle auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehenden sozialistischen Organisationen sich zu einer planmäßigen Agitation für diese ihre Forderung zusammenschließen würden, um für sie die breiten Arbeitermassen in Bewegung zu setzen, könnte zweifelsohne die Regierung gezwungen werden, ihre schönen Erklärungen für den demokratischen Charakter einer Wahlrechtsreform nach ihrem Herzen durch den Entwurf zu einer solchen Wahlrechtsreform selbst zu ersetzen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Nachklänge des Allrussischen Frauenkongresses. Der Erste Allrussische Frauenkongress bewegt noch immer die öffentliche Meinung. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Delegiertengruppe der Arbeiterinnen. Ihre Haltung, insbesondere ihr demonstratives Verlassen des Kongresses, als über die Resolution betreffend die soziale Gesetzgebung abgestimmt werden sollte, wird auf die verschiedenste Weise begründet und ausgelegt. Die Delegiertengruppe der Arbeiterinnen hat daher in der „Pravda Schyni“ (Lebenswahrheit) das Wort ergriffen, um die Gründe ihres Vorgehens darzulegen. „Die Arbeitergruppe“, so heißt es, „hat sich veranlaßt gesehen, den Kongress zu verlassen, weil dieser sich damit einverstanden erklärte, über die vom Redaktionsbureau eingebrachte Resolution abzustimmen, die weder in einer der Sektionsitzungen noch in der Plenarsitzung zur Beratung gekommen war. Dies war um so unzulässiger, als in dieser Frage bereits zwei Resolutionen der dritten Sektion vorlagen. Das Redaktionsbureau veröffentlichte diese Resolution nicht aus Rücksicht auf die Zensur. Es war die Aufgabe des Bureau, das Fazit des Kongresses zu ziehen und die auf ihm zutage getretenen Strömungen uneingeschränkt zu konstatieren. Sah sich das

Redaktionsbureau außerstande, alle in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Ansichten zu veröffentlichen, weil es die Schließung des Kongresses befürchtete, so konnte es den Kongress auffordern, sich in der betreffenden Frage entweder jeglicher Resolution zu enthalten, oder sich durch Verzicht auf Widerspruch, durch Schweigen, den Resolutionen anzuschließen. Statt dessen brachte es eine völlig neue Resolution ein und beantragte, über sie ohne vorherige Debatten abzustimmen, obwohl es sich um Fragen von höchster Wichtigkeit handelte. Die überwiegende Mehrheit des Kongresses stimmte für diesen Antrag und sanktionierte damit die ungesegnete Handlungsweise des Bureau. Daraufhin blieb der Minderheit, die einen anderen Standpunkt vertrat, nichts anderes übrig, als an den Arbeiten des Kongresses nicht mehr teilzunehmen. Das hat sie auch getan.“ In Arbeiterkreisen, in Klubs und Gewerkschaftsversammlungen, wo die Delegierten der Arbeiterinnen Bericht erstatteten, wird ihre Haltung auf dem Kongress einer eingehenden Kritik unterzogen. Während sich ein Teil der Arbeiterschaft mit der Taktik der Genossinnen auf dem Kongress einverstanden erklärte, ist ein anderer nicht unbedeutender Teil der Ansicht, diese wären noch zu friedlich und gemäßigt aufgetreten. Es ist dies bezeichnend für den Geist, der trotz der Konterrevolution in dem erwachten Teil des russischen Proletariats lebt. Die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Arbeiterinnen hat dank der Haltung der Genossinnen auf dem Kongress einen kräftigen Anstoß erhalten. Zumal die Delegierten der Arbeiterinnen legen einen großen Eifer an den Tag, die Organisation der proletarischen Frauen auszubauen. „Das Hauptziel der Beteiligung der Genossinnen an dem Kongress ist erreicht“, so schreibt uns Genossin Kollontaj, die selbst einen entscheidenden Einfluß auf die Stellung der Arbeiterinnen zum Kongress gehabt und im Verlauf der Tagung wiederholt klipp und klar den sozialistischen Standpunkt vertreten hat. „Eine scharfe Trennungslinie zwischen der bürgerlichen Frauenbewegung und dem Befreiungskampf der Proletarierinnen ist gezogen worden. Der Kongress hat sich dank dem Eingreifen der Genossinnen in die Debatten aus der erwarteten zahnlosen ‚Damenplauderei‘ in eine bedeutende politische Erscheinung verwandelt. Die Bestrebungen, durch eine planmäßige Arbeit unter dem weiblichen Proletariat dieses über seine Klassenlage aufzuklären und zu organisieren, sind ermutigt und belebt worden. Gleichzeitig ist die sozialistische Erlösungsboischaft in große Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gedungen, die noch nie vom Sozialismus gehört hatten. Natürlich wütet die Presse der ‚rechten russischen Leute‘ über das ‚frevelhafte Werk‘. Die sogenannte ‚Arbeiterinnengruppe‘, die den Kongress als Tribüne für die sozialistische Auffassung benutzte und die ihn schließlich verließ, nachdem er diesem Zweck nicht mehr dienen konnte, bestand aus 45 Delegierten. Ihren Kern bildeten 30 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und 5 Delegierte der Petersburger Arbeiterklubs, die von Genossen geleitet werden und mehr als 8000 Mitglieder, lauter Proletarier, zählen. Mit der Ausnahme einer einzigen Sozialrevolutionärin gehörten alle Delegierten der Sozialdemokratischen Partei an. Sieben Arbeiterinnen erstatteten vor dem Kongress Referate, welche folgende Fragen behandelten: Die Fabrikarbeit der Frauen. Die Lage der handwerksmäßigen Arbeiterinnen. Der Wächnerinnenschutz in dem neuen Regierungsentwurf über die Krankenversicherung. Die Frauenarbeit im Buchdruckergerwerb. Das Budget der Textilarbeiterfamilie und der ledigen Textilarbeiterin. Die Klubs der St. Petersburger Arbeiter und Arbeiterinnen und ihre Tätigkeit. Die Frauenarbeit im Handelsgewerbe. Auch mehrere delegierte Genossinnen, die sich nicht aus den Kreisen der organisierten Arbeiterinnen rekrutierten, hielten Referate. Sie behandelten unter anderem folgende Thematika: Die Arbeiterin in den Gewerkschaften. Die Frau und die Politik. Die Kinderarbeit und ihre gesetzliche Regelung. Die Arbeiterin in der modernen Gesellschaft. Alle Genossinnen beteiligten sich selbstverständlich rege an den Debatten. Am heißesten war natürlich der Streit der Meinungen, als es um die Frage ging, ob eine allgemeine einheitliche Bewegung und Organisation aller Frauen möglich sei oder ob die Klassengegensätze auch das schöne Geschlecht in zwei feindlich einander gegenüberstehende Lager teilen. Da kreuzten die Vertreterinnen der Proletarierinnen scharf ihre Klänge mit denen der Nichts-als-Frauenrechtlerinnen, Kadettinnen (Liberale) und konservativen Damen. Die Genossinnen entzündeten eine Fackel, die weithin den proletarischen Frauen zeigt, daß ihr Platz nicht in der bürgerlichen Frauenbewegung ist, sondern in den Reihen ihrer Klassenbrüder, die für die Erlösung des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen.“

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jekin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.